
Vorsitz: Aserbaidshon**1006. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 30. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr
Unterbrechung: 13.00 Uhr
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr
Schluss: 16.25 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter R. Sadigbayli
F. Osmanov

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: „KONFLIKTNACHSORGE UND FRIEDENSKONSOLIDIERUNG: LEHREN AUS DER VERGANGENHEIT IN DER OSZE-REGION UND BLICK IN DIE ZUKUNFT“
 - *Vortrag von Dr. E. Huseynov, Sonderbeauftragter des Präsidenten der Republik Aserbaidshon in den befreiten Gebieten, die zur Wirtschaftsregion Karabach von Aserbaidshon gehören*

 - *Vortrag von M. Brajić, Leiter der Abteilung NATO und Partnerschaft für Frieden, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten von Bosnien und Herzegowina*

 - *Vortrag von S. Šimičić, Leiterin der Abteilung Rüstungskontrolle, Ministerium für Verteidigung von Kroatien*
Vorsitz, Dr. E. Huseynov (FSC.DEL/174/22 OSCE+) (FSC.DEL/175/22 OSCE+), M. Brajić (FSC.DEL/176/22 OSCE+), S. Šimičić, Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/157/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union, Türkei (FSC.DEL/160/22 OSCE+), Armenien (Anhang 1), Russische Föderation (Anhang 2), Ukraine, Frankreich – Europäische Union, Schweiz

Zur Geschäftsordnung: Armenien, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine:* Ukraine (Anhang 3), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Kanada, Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (Anhang 5), Schweiz (Anhang 6), Vereinigtes Königreich (Anhang 7), Türkei (Anhang 8), Georgien (Anhang 9), Österreich, Litauen (Anhang 10), Lettland (Anhang 11)
- (b) *Militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine:* Russische Föderation (Anhang 12) (FSC.DEL/171/22), Vereinigtes Königreich (Anhang 13), Ukraine, Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich – Europäische Union
- (c) *Die jüngsten Provokationen Aserbaidschans:* Armenien (Anhang 14), Aserbaidschan (Anhang 15)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Unterrichtung über die Militärübung „DEFENDER-Europe 2022“ und die damit verbundenen Übungen:* Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/162/22 OSCE+)
- (b) *Fotoausstellung mit dem Titel „Souls of Karabakh: A Long Journey to Peace“ mit Bildern des Fotoreporters Reza, vom 30. März bis 14. April 2022 in Wien:* Vorsitz
- (c) *Ersuchen um Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden von Aserbaidschan für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und Bewältigungsmaßnahmen:* Armenien, Vorsitz

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 6. April 2022, um 11.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der heutige Sicherheitsdialog zeigt erneut, wie Aserbaidshans seine Vorsitzfunktion im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und das Mandat des Forums missbraucht und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen der OSZE-Teilnehmerstaaten missachtet, einzig und allein, um seine engstirnige politische Agenda voranzutreiben. Nicht genug damit schreckte die Delegation Aserbaidshans auch nicht davor zurück, unsere gemeinsamen Verpflichtungen zu verdrehen und in ihrem Konzeptpapier für den Sicherheitsdialog zu behaupten, dass das OSZE-Gipfeltreffen von Lissabon „das FSK mit dem Mandat versehen habe, sich unter anderem mit Konfliktnachsorge zu befassen“. Ich möchte meine Kolleginnen und Kollegen, die wahrscheinlich mit den Täuschungstaktiken der aserbaidshansischen Delegation nicht vertraut sind, darauf hinweisen, dass die Teilnehmerstaaten im Dokument von Lissabon 1996 übereingekommen sind, dass „das FSK sich auch mit den Aussichten für die Förderung kooperativer Formen der Verifikation sowie mit der Frage befassen wird, wie die VSBM [vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen] und andere Rüstungskontrollinstrumente in der vorbeugenden Diplomatie, der Krisenbewältigung und der Normalisierung der Lage nach Konflikten bestmöglich eingesetzt werden können,“ und nicht mit „Konfliktnachsorge und humanitärer Minenräumung“, wie es in dem erwähnten Konzeptpapier fälschlicherweise heißt. Das Mandat eines der Beschlussfassungsorgane der OSZE zu verfälschen ist eine höchst bedenkliche und gefährliche Entwicklung, besonders dann, wenn sie von seinem Vorsitz ausgeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem Ende der Kampfhandlungen im November 2020 erleben wir, wie die aserbaidshansischen Behörden und auch die Delegation dieses Landes bei der OSZE die Anwendung von Gewalt gegen Arzach durch Aserbaidshans verherrlichen. Der heutige Sicherheitsdialog ist ein weiterer Versuch Aserbaidshans, seinen Aggressionskrieg und das Ergebnis seiner Gewaltanwendung gegen Arzach zu legitimieren; der heutige Vortrag des Sonderbeauftragten des Präsidenten von Aserbaidshans in der sogenannten Wirtschaftsregion Karabach von Aserbaidshans ist ein Paradebeispiel dafür. Anstatt diesen Ort mit aserbaidshansischer Staatspropaganda zu verpestern, hätte Herr Huseynov eher über die ethnische Säuberung der armenischen Gebiete, die derzeit von Aserbaidshans kontrolliert

werden, über die Versuche der aserbaidischen Behörden, jede Spur der historischen Existenz von Armeniern in Arzach zu tilgen, über die fortgesetzte Aggression Aserbaidischans gegen Arzach sprechen sollen, die letztlich auf die ethnische Säuberung Arzachs von seiner armenischen Bevölkerung ausgerichtet ist. Seit nunmehr einer Woche halten aserbaidische Streitkräfte widerrechtlich Gebiete der arzachischen Region Askeran besetzt, in die sie in eklatanter Verletzung der trilateralen Waffenruheerklärung vom 9. November 2020 eingedrungen sind, der zufolge die Streitkräfte der beiden Parteien die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung aktuellen Stellungen beibehalten sollten. Außerdem griffen die aserbaidischen Streitkräfte die Stellungen der Verteidigungskräfte von Arzach an und setzten dabei Schusswaffen verschiedenen Kalibers sowie Kampfdrohnen vom Typ Byraktar Tb2 ein. Dabei wurden drei Angehörige der Verteidigungskräfte von Arzach getötet und 14 verwundet.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass all das ermöglicht wurde, weil die internationale Gemeinschaft einschließlich der OSZE es unterließ, die systematische Gewaltanwendung Aserbaidischans gegen Arzach und Armenien zu verurteilen. Das Schweigen der OSZE – zu Aserbaidischans Verherrlichung der Gewaltanwendung und der gegen Armenierinnen und Armenier begangenen Verbrechen, zu seiner Besetzung armenischer Gebiete, der ständigen militärischen Eskalation und den Verletzungen der Waffenruhe entlang der Grenze zu Armenien und der Kontaktlinie in Arzach, zu seiner Einschüchterung und Terrorisierung der Zivilbevölkerung in Armenien und Arzach – dieses Schweigen hat Aserbaidischan ermutigt, seine illegalen Aktionen und Provokationen fortzusetzen, nicht zuletzt in der OSZE.

Armenien setzt sich für alle Bemühungen um einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden in der Region ein, aber Frieden lässt sich niemals durch die Anwendung oder Androhung von Gewalt schaffen. Nur eine vollständige und umfassende Beilegung des Bergkarabach-Konflikts kann zu einem dauerhaften und tragfähigen Frieden führen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

zunächst möchte ich dem aserbaidischen Vorsitz dafür danken, dass er diesen Sicherheitsdialog über Konfliktnachsorge und Friedenskonsolidierung im OSZE-Raum organisiert hat. Wir halten es für wichtig, dass dieser Punkt regelmäßig auf die Tagesordnung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) kommt. Wir danken den verehrten Rednerinnen und Rednern für ihre detailreichen Ausführungen zu den regionalen Aspekten des erörterten Themas.

Wie andere Länder erachtet auch Russland die Arbeit der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge als eine der wichtigsten Aufgaben der Organisation. Für uns sollte sich der Aufbau von Kapazitäten der OSZE im Bereich der Krisenbewältigung darauf konzentrieren, das vorhandene Potenzial auszuschöpfen. Es besteht keine Notwendigkeit, das Rad neu zu erfinden – die bereits vorhandenen Ressourcen sind keineswegs gering.

Das Forum hat ein bewährtes Instrumentarium entwickelt, das es den Teilnehmerstaaten ermöglicht, die Phase der Konfliktnachsorge reibungsloser zu durchlaufen. Dies betrifft in erster Linie den Hilfsmechanismus der OSZE für die Verwaltung von Lagerbeständen von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und konventioneller Munition.

Heute verlagert sich der Schwerpunkt der OSZE-Projektaktivitäten nach Zentralasien, das, wie die gestrige Unterrichtung durch das Konfliktverhütungszentrum zeigte, damit rechnen muss, mit den enormen Risiken des unerlaubten grenzüberschreitenden Handels mit Waffen und Munition konfrontiert zu sein. Dies sind die Folgen des blamablen Abzugs der Vereinigten Staaten von Amerika aus Afghanistan, bei dem US-Waffen und Ausrüstung im Wert von rund 85 Milliarden Dollar, darunter 358 000 Sturmgewehre, 22 000 gepanzerte Fahrzeuge, 176 Artilleriegeschütze sowie Hubschrauber und Transportflugzeuge, zurückgelassen wurden. Die Zahlen sind einfach erschreckend. Vor diesem Hintergrund sieht die ganze Welt zu, wie die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten tödliche Waffen in die Ukraine „pumpen“, wobei auf der Hand liegt, dass es in der Folge zu einem illegalen Überschwappen von Kleinwaffen und leichten Waffen und Munition in andere Regionen kommen

kann. Die US-Regierung verfährt weiterhin nach demselben Schema, stellt kurzfristige Interessen in den Vordergrund und ignoriert die möglichen katastrophalen Folgen.

Wir sind absolut nicht einer Meinung mit jenen Teilnehmerstaaten, die die derzeitige schwierige Lage in Bezug auf die europäische Sicherheit auf die Situation in der Ukraine zurückführen. Hierzu ist anzumerken, dass die OSZE bei der politischen Beilegung des innerukrainischen Konflikts leider gescheitert ist, und Russland die langwierige bewaffnete Konfrontation in dem Nachbarland nun allein zu Ende bringen muss. In Wirklichkeit sind die ernstesten Probleme aber schon vor Jahrzehnten entstanden, als sich die Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als „Weltenherrscher“ verstanden und daraus das Recht ableiteten, sich in die inneren Angelegenheiten von Staaten auf allen Kontinenten einzumischen und ihnen nicht genehme Regierungen ungestraft zu stürzen. Die internationale Sicherheit steht auch deshalb unter erheblichem Druck, weil sich die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten für ein NATO-zentriertes Modell der europäischen Sicherheit auf Kosten gesamteuropäischer Institutionen entschieden haben und in der Folge darangingen, die gesamte Rüstungskontrollarchitektur zu zerstören. Sie sind dafür verantwortlich, dass der Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper und der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme gekippt und die volle Funktionsfähigkeit des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und des Vertrags über den Offenen Himmel unterminiert wurden.

Herr Vorsitzender,

wie in dem von Ihrem Sitzungsteam erstellten Konzeptpapier dargelegt, sollten die OSZE-Teilnehmerstaaten den Blick auf die Zukunft richten und sich zur Förderung von Frieden und Sicherheit auf ihre historischen Erfahrungen und vorhandenen Kooperationsmechanismen stützen. Wir möchten in diesem Zusammenhang näher auf den Ansatz eingehen, den unser Land im Hinblick auf die regionalen Aspekte der Konfliktnachsorge, die von den Hauptrednern angesprochen wurden, verfolgt.

Die Russische Föderation vertritt nach wie vor den Standpunkt, dass die trilateralen Vereinbarungen, die in den Erklärungen der Staats- und Regierungschefs von Aserbaidschan, Armenien und Russland vom 9. November 2020, 11. Januar und 26. November 2021 über eine vollständige Waffenruhe und die Einstellung aller Feindseligkeiten in der Konfliktzone von Bergkarabach getroffen wurden, weiterhin rigoros umzusetzen sind.

Wenn die Projektaktivitäten zur Öffnung der Verkehrswege und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen und zur Aufnahme der Festlegung und Markierung der armenisch-aserbaidschanischen Grenze durch die Einrichtung einer speziellen bilateralen Kommission vorankommen, wird es möglich sein, erhebliche Fortschritte bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Armenien und Aserbaidschan zu erzielen und auch die Sicherheit und Stabilität in der Region weiter zu stärken.

Das russische Friedenskontingent ergreift geeignete Maßnahmen, um die Sicherheit zu gewährleisten und die Lage in seinem Zuständigkeitsbereich zu überwachen. Leider kommt es an der Grenze zwischen Aserbaidschan und Armenien manchmal zu bewaffneten Zwischenfällen. Unsere Friedenstruppe trifft umfangreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage und zur Verhinderung einer Eskalation. Um sicherzustellen, dass sich Zwischenfälle

nicht wiederholen, müssen die Parteien alle Bestimmungen der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 bedingungslos umsetzen.

Wir sind uns der schwierigen humanitären Lage in der Region bewusst, die durch den Unfall an einer Gasleitung entstanden ist, und stehen in engem Kontakt mit beiden Seiten, um das Problem zu lösen. Wir sind der Meinung, dass alle Schritte vermieden werden sollten, die Probleme für die Zivilbevölkerung schaffen und die ohnehin schon schwierige humanitäre Lage weiter verschärfen würden.

Wir sind bereit, uns aktiv für den Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Armenien und Aserbaidschan einzusetzen.

Herr Vorsitzender,

seit nunmehr fast 27 Jahren bekennt sich Russland als offizieller internationaler Vermittler uneingeschränkt zum Dayton-Format als Grundlage für die Schaffung von Frieden in Bosnien und Herzegowina. Wir sind überzeugt, dass die Ziele der Konsolidierung von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Bosnien und Herzegowina nur erreicht werden können, wenn die Grundprinzipien von Dayton – die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes, die Gleichwertigkeit seiner drei konstituierenden Völker und der beiden Entitäten mit weitreichenden verfassungsmäßigen Befugnissen – auch eingehalten werden. Dieses 1995 unterzeichnete Dokument, das für Bosnien und Herzegowina von grundlegender Bedeutung ist, ist weiterhin gültig, und das darin vorgesehene Verwaltungssystem und der Interessenausgleich zwischen den drei Völkern sind wirksam, wenn sie strikt eingehalten werden.

Russland hat sich konsequent für die Abwicklung des Büros des Hohen Repräsentanten (OHR) für Bosnien und Herzegowina gemäß dem Beschluss des Lenkungsausschusses des Rates für die Umsetzung des Friedens von 2006 eingesetzt. Die Beharrlichkeit, mit der sich die westlichen Partner um eine Verlängerung der Tätigkeit des Hohen Repräsentanten bemühen, lässt uns jedoch vermuten, dass sie diese Institution dazu benutzen wollen, um Dayton abzuändern und nicht damit zusammenhängende Ziele zu verfolgen. Der von ihnen vertretene Ansatz „weniger Dayton, mehr Brüssel“ und die „14 Prioritäten“ der Europäischen Kommission für Bosnien und Herzegowina im Zusammenhang mit dem Antrag auf Erteilung des Status eines Bewerberlandes für die Europäische Union sprechen eine deutliche Sprache. Einige der „Prioritäten“ betreffend die Befugnisse der Entitäten stehen im Widerspruch zum Übereinkommen von Dayton. Russland lehnt diese Argumentation entschieden ab.

Wir sind bereit, zusammenzuarbeiten, um den Konfliktnachsorgeprozess in Bosnien und Herzegowina auf der Grundlage der Prinzipien von Dayton wieder auf einen positiven Weg zu bringen. Wir sehen darin den Schlüssel zu Frieden und Sicherheit in der Region.

Wie wir wissen, ist der gemeinsame Nenner der Bemühungen der Regierungen in der Region der Prozess der europäischen Integration, der, so ist es die Absicht der Europäischen Union, Stabilität und Wirtschaftswachstum in diesem Teil Europas gewährleisten soll. Die europäische Integration ist jedoch kein Allheilmittel für alle Leiden. Es gibt noch viele offene Fragen, wenn es darum geht, diese Politik der Staaten der Region mit ihrem Interesse an einer Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der EU-Zone in Einklang zu bringen. Russland ist auch gegen die NATO-Erweiterung auf dem Balkan, die die europäischen

Sicherheitsprobleme nur noch verschärft. Wir hoffen, dass die Vereinigten Staaten, die NATO und die Europäische Union den politischen Willen und die Vernunft haben, aus dieser Region nicht eine weitere Front gegen Russland zu machen, da dies andernfalls objektive Folgen für ganz Europa haben wird.

Herr Vorsitzender,

abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass es im Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Instabilität von grundlegender Bedeutung ist, dass sich die OSZE im Konfliktzyklus unparteiisch verhält. Zugleich muss vermieden werden, dass sowohl die Bediensteten unserer Organisation als auch die Vermittler bei der Beilegung von Konflikten im OSZE-Raum von ihrer statusneutralen Haltung abweichen. Wenn ein Interessenausgleich und die Bereitschaft zu konstruktivem Engagement gegeben sind, lassen sich akzeptable Lösungen im Interesse aller Beteiligten finden.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

im Namen der Delegation der Ukraine möchte ich eine Erklärung zum Thema des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine abgeben.

Die Russische Föderation setzt ihren barbarischen Krieg gegen die Ukraine fort, wobei sie sich hinter fingierten Anschuldigungen des Neonazismus in der Ukraine und noch absurderen Behauptungen versteckt, die Ukraine plane, Russland mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen anzugreifen.

Die russischen Streitkräfte führen weiterhin zahlreiche Angriffe auf zivile Ziele in ukrainischen Städten durch, insbesondere in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Sumy und Mariupol. Während das russische Verteidigungsministerium immer wieder beteuert, dass alle Angriffe nur mit Präzisionswaffen durchgeführt werden, beweist die Realität das Gegenteil. Der weit verbreitete Einsatz ungelenkter Waffensysteme wie Raketen und frei fallender Bomben fordert erhebliche Verluste unter der Zivilbevölkerung und zerstört wichtige zivile Infrastruktur.

Am 24. März beschossen die russischen Streitkräfte das Dorf Jawkyne (Region Mykolajiw) mit Streumunition, die von Mehrfachraketenwerfern Tornado-S abgefeuert wurde. Dabei wurden drei Zivilpersonen getötet und dreizehn weitere verletzt. Darüber hinaus wurden mehrere Wohngebäude, eine örtliche Schule, ein Krankenhaus und einige Verwaltungsgebäude schwer beschädigt.

Am 26. März wurden durch Artilleriebeschuss auf ein Wohnhaus in der Stadt Bojarka (Region Kyjiw) vier Zivilpersonen, darunter ein Kind, getötet.

Am 27. März kamen ebenfalls durch Artilleriefeuer sieben Zivilisten, darunter zwei Kinder, in der Siedlung Oskil (Gebiet Charkiw) ums Leben. Drei Erwachsene und zwei Kinder wurden verletzt. Insgesamt wurden seit dem Beginn der groß angelegten Invasion am 24. Februar 2022 145 Kinder getötet und 222 verletzt.

Die Lage in der Stadt Mariupol ist weiterhin absolut dramatisch. Nach Schätzungen der örtlichen Verwaltung wurden bei dem von den russischen Streitkräften am 16. März durchgeführten Luftangriff auf ein Theater an die 300 Zivilpersonen getötet.

Alle Behauptungen der russischen Propaganda, das Asow-Regiment habe das Theater als Hauptquartier genutzt und es dann von innen in die Luft gesprengt, sind frei erfunden. Sie verbreitet solche Behauptungen, um die russischen Streitkräfte von der Verantwortung für dieses abscheuliche, blutige Verbrechen freizusprechen. Das ist absolut widerwärtig.

Zivilistinnen und Zivilisten, die das russische Bombardement und den Artilleriebeschuss überlebt haben, werden nun in die Russische Föderation zwangsdeportiert. Die russischen Invasionstruppen beschlagnahmten die Ausweispapiere der Menschen. Aus Mariupol wurden bereits rund 6 000 Einwohnerinnen und Einwohner zwangsweise in russische Filtrationslager deportiert, um sie als Geiseln zu benutzen und weiteren politischen Druck auf die Ukraine auszuüben.

Es zeugt von besonderem Zynismus, dass die russischen Streitkräfte auf Evakuierungskonvois schießen, die Mariupol in Richtung der von der Regierung kontrollierten Gebiete der Ukraine verlassen wollen. Dieses Vorgehen der Russischen Föderation stellt einen schweren Verstoß gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges und gegen die Normen des humanitären Völkerrechts dar, insbesondere gegen die Genfer Konventionen von 1949 und das Zusatzprotokoll I zu den Genfer Konventionen.

Trotz der äußerst schwierigen Lage vor Ort verteidigen die ukrainischen Truppen in Mariupol die Stadt weiter. Wie die Verteidigungskräfte von Mariupol erklärten, werden sie sich nicht ergeben und ihre verwundeten und getöteten Kampfgefährtinnen und Kampfgefährten zurücklassen. Es sei daran erinnert, dass Mariupol am 6. März der Ehrentitel „Heldenstadt der Ukraine“ für den herausragenden Heldenmut verliehen wurde, den seine Verteidigerinnen und Verteidiger und Einwohnerinnen und Einwohner während der anhaltenden Belagerung der Stadt durch die russischen Invasionstruppen bewiesen haben.

Angeblich sind die russischen Truppen in die Ukraine gekommen, um vermeintliche Neonazis zu bekämpfen, doch sie führen weiterhin wahllose Angriffe auf zahlreiche Gedenkstätten für die Millionen Opfer des Zweiten Weltkriegs durch. Zwei Holocaust-Gedenkstätten wurden bereits beschädigt. Zunächst schlugen russische Flugkörper in der Gedenkstätte Babyn Yar in Kyjiw ein. Und am 26. März trafen sie in der Nähe von Charkiw die Holocaust-Gedenkstätte Drobyzkyj Jar, die an dem Ort errichtet wurde, wo 1941 und 1942 bis zu 20 000 Gefangene aus dem jüdischen Ghetto ermordet wurden.

Die Russische Föderation setzt ihren Plan zur Zerstörung der ukrainischen Wirtschaft, der Industrie und der Infrastruktur des Landes gewissenlos fort. Zahlreiche Luft- und Raketenangriffe haben bereits Hunderttausende ohne Strom, Wasser, Heizung und Kommunikationsverbindungen zurückgelassen. Am 26. März führte die Russische Föderation einen Raketenangriff auf das Erdöldepot in der Stadt Dubno (Region Rivne) durch. Am selben Tag wurden ein weiteres Erdöldepot und ein Werk in Lemberg durch einen Raketenangriff beschädigt. Mindestens fünf Zivilistinnen und Zivilisten wurden verletzt.

Seit dem 24. Februar 2022 wurden mehr als 3 500 Infrastruktureinrichtungen zerstört. Nach vorläufigen Schätzungen belaufen sich die wirtschaftlichen Verluste der Ukraine bereits auf 565 Milliarden US-Dollar. Diese Zahl steigt täglich.

Seit Beginn der groß angelegten Invasion hat der Feind über 1 200 Raketen aus der Russischen Föderation, Belarus, der besetzten Halbinsel Krim und den angrenzenden Hoheitsgewässern abgefeuert. Allein am 26. März war es eine Rekordzahl von Raketen, die auf das Gebiet der Ukraine gerichtet waren, darunter 52 Raketen von Schiffen aus und mindestens 18 aus belarussischem Hoheitsgebiet. Am selben Tag stellte die ukrainische Luftabwehr jedoch einen Rekord bei der Zahl der Abschüsse auf: Von mindestens 70 russischen Flugkörpern konnten nur acht ihren tödlichen Kurs fortsetzen.

Gleichzeitig intensiviert Russland seine illegalen Aktivitäten und die Piraterie im Schwarzen Meer mit dem Einsatz von Treibminen. Russlands gezielter Einsatz von Treibminen macht diese de facto zu Waffen mit unterschiedsloser Wirkung, die in erster Linie die zivile Schifffahrt, einschließlich Handels- und Passagierschiffe bedrohen und damit auf See Menschenleben gefährden. Die russische Marine versucht, ihre kriminellen Aktivitäten zu verschleiern, indem sie Seeminen aus Militärdepots verwendet, die Russland 2014 nach der Besetzung der Stadt Sewastopol beschlagnahmt hat.

Die Verantwortung für die Piraterie im Schwarzen Meer und den Einsatz von Treibminen als Waffen mit unterschiedsloser Wirkung sowie für die damit einhergehenden nicht absehbaren Folgen liegt allein bei der Russischen Föderation und ihren Seestreitkräften. Die Ukraine besteht darauf, Russland für seine rechtswidrigen Taten im Schwarzen Meer, seine Kriegsverbrechen und den Einsatz von Seeminen als Waffen mit unterschiedsloser Wirkung nach dem Völkerrecht zur Verantwortung zu ziehen.

Unter Verletzung der Normen und Grundsätze des humanitären Völkerrechts terrorisieren die russischen Besatzungskräfte weiterhin die ortsansässige Bevölkerung in den vorübergehend besetzten Gebieten der Regionen Kyjiw, Saporischschja, Tschernihiw, Cherson und Charkiw. Die Invasionstruppen beschießen Wohnviertel, rauben Banken aus, plündern Geschäfte, entführen Beamtinnen und Beamte, vergewaltigen Frauen und ermorden Zivilistinnen und Zivilisten oder nehmen sie als Geiseln.

Wir sind fest davon überzeugt, dass alle Personen, die für die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen verantwortlich sind, nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden. Niemand kann sich der strafrechtlichen Verantwortung entziehen, weder Vertreterinnen und Vertreter der russischen politischen Führung, noch hohe Offiziere des Generalstabs oder einfache Soldatinnen und Soldaten, die einen rechtswidrigen Befehl ausführen.

Wie es im OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit eindeutig heißt: „Die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten entbindet die Untergebenen von keiner einzigen ihrer persönlichen Verantwortlichkeiten.“

Wer die feindselige russische Propaganda fördert, die Wahrheit über Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine vertuscht, ob in den Medien oder an der diplomatischen Front, trägt fraglos auch Verantwortung für die Gräueltaten dieses Krieges

Die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine nimmt weiterhin neue Verbrechen auf, die von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden. Bis zum 30. März 2022 wurden bereits 3 411 Verbrechen der Aggression sowie Kriegsverbrechen registriert. In der knappen Woche seit der letzten Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation wurden 1 010 weitere Verbrechen von den Besatzungstruppen verübt. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie barbarisch dieser Krieg ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Streitkräfte der Ukraine führen weiterhin Verteidigungsoperationen in alle Richtungen durch. In den Gebieten von Irpin, Butscha und Hostomel in der Region Kyjiw wurden mehrere erfolgreiche Gegenangriffe durchgeführt. Dadurch war in den letzten drei Tagen ein Rückgang der russischen Aktivitäten nordwestlich von Kyjiw und ein teilweiser Rückzug von nicht mehr kampffähigen Truppenteilen zu verzeichnen.

Bis zum 30. März 2022 hat der Aggressorstaat bereits über 17 300 Mann in der Ukraine verloren. Insgesamt wurden unter anderem folgende russische Waffen und militärische Ausrüstungen zerstört oder erbeutet:

- 605 Panzer
- 1 723 gepanzerte Kampffahrzeuge
- 305 Artilleriesysteme
- 96 Mehrfachraketenwerfersysteme
- 4 FK-Starteinrichtungen
- 54 Luftabwehrsysteme
- 131 Flugzeuge
- 131 Hubschrauber
- 81 unbemannte Luftfahrzeuge der MALE-Klasse (mittlere Flughöhe, lange Flugdauer)
- 7 Boote und Schiffe
- 1 184 Militärfahrzeuge
- 75 Treibstoff- und Schmierstofftanks
- 21 Stück militärischer Spezialausrüstung.

Aufgrund der erheblichen Verluste an Personal und militärischer Ausrüstung ist die Russische Föderation gezwungen, zusätzliche Reserven zu mobilisieren. Nach den vorliegenden Informationen wurden bis zu 150 Söldnerinnen und Söldner aus dem besetzten

georgischen Gebiet Südossetien in das vorübergehend besetzte Gebiet der Autonomen Republik Krim verlegt, um dort an den Kampfhandlungen teilzunehmen. Mehr als 1 000 Söldner der Wagner-Gruppe, einer berüchtigten russischen privaten Militärfirma, wurden in die Ostukraine entsandt, um an der sogenannten russischen militärischen Spezialoperation teilzunehmen.

In den besetzten Teilen der Regionen Donezk und Luhansk begann am 19. Februar 2022 eine so genannte Generalmobilmachung, die bis zum heutigen Tag andauert. Dies gilt auch für die Gebiete, die nach dem 24. Februar vorübergehend unter die Kontrolle der Besatzer kamen. Männer im Alter zwischen 18 und 55 Jahren werden zum Wehrdienst im russischen Militär gezwungen. Um die mobilisierbaren Truppen zu verstärken, wurde am 21. März die Altersgrenze für „Wehrpflichtige“ von 55 auf 65 Jahre angehoben.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen versuchen die Besatzungstruppen, auch diejenigen ukrainischen Bürgerinnen und Bürger einzuziehen, die über humanitäre Korridore Mariupol und andere Städte der Regionen Donezk und Luhansk, in denen Kriegshandlungen stattfinden, verlassen.

Für Ende dieses Monats wird ein offizieller Erlass über eine weitere Einberufungsaktion in Russland erwartet, von der auch die Bewohnerinnen und Bewohner der vorübergehend besetzten Krim betroffen sein werden.

Wir verurteilen auf das Schärfste die zwangsweise Einziehung ukrainischer Bürgerinnen und Bürger aus den besetzten Gebieten zu den Streitkräften der Russischen Föderation oder anderen von ihr kontrollierten bewaffneten Formationen. Derartige Aktionen sind eine Verletzung des humanitären Völkerrechts und ein Kriegsverbrechen.

Herr Vorsitzender,

die Ukraine tut weiterhin alles Menschenmögliche, um dem Blutvergießen ein Ende zu setzen und den Krieg zu beenden. Wir sind weiterhin offen für konstruktive Verhandlungen und erwarten von der Russischen Föderation den gleichen Ansatz. Unser Standpunkt ist klar. Wie der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, in seiner Ansprache an das ukrainische Volk am 29. März erklärte: „Die Ukraine ist bereit zu verhandeln und wird den Verhandlungsprozess fortsetzen. Wie weit, das hängt wirklich von uns ab. Wir erwarten, dass wir das gewünschte Ergebnis bekommen. Es muss eine echte Sicherheit für uns, für unseren Staat, für die Souveränität, für unser Volk geben. Die russischen Truppen müssen die besetzten Gebiete räumen. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewährleistet sein. Bei der Souveränität und unserer territorialen Integrität kann es keine Zugeständnisse geben. Und es wird auch keine geben.“

Abschließend fordern wir, dass die Russische Föderation ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine unverzüglich einstellt und alle ihre Streitkräfte und ihr militärisches Gerät aus dem gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der vorübergehend besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk sowie der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol, ohne Vorbedingungen abzieht.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich, unsere Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Herr Vorsitzender.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte mich zum Thema des russischen Aggressionskriegs gegen die Ukraine äußern. Da dies die letzte Gelegenheit dazu unter Ihrem Vorsitz ist, sollten wir etwas ausholen und die Auswirkungen dieses Krieges bewerten, sowohl im Hinblick auf den Blutzoll, den er fordert, als auch im Hinblick auf seine strategischen Konsequenzen.

Nach nunmehr fünf Wochen ist offensichtlich, dass der Krieg Putins strategisch ein Fehlschlag und moralisch eine Katastrophe ist. Er hat unnötiges Leid über Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern gebracht. Er ist nach hinten losgegangen und hat das Gegenteil seiner erklärten Ziele bewirkt: Nicht nur in Bezug auf die Gefechtseinsätze und die militärischen Ziele, die ganz offensichtlich nicht erreicht wurden, sondern auch auf strategischer Ebene.

Erstens hat Russland die ukrainische Bevölkerung weder „befreit“ noch sie mit Herz und Hirn überzeugt. Allem Anschein nach hat Wladimir Putin seine Invasion in der Erwartung eines Blitzsieges begonnen, der es ihm ermöglichen sollte, die rechtmäßig gewählte Regierung in Kyjiw zu stürzen und ein Marionettenregime zu installieren. Allem Anschein nach hat er erwartet, dass Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern die russischen Truppen, die ihr Land besetzen wollten, mit offenen Armen empfangen würden. Stattdessen griff das ukrainische Volk tapfer zu den Waffen, um sein Land zu verteidigen, leistete mutig und entschlossen Widerstand gegen die russische Invasion und weigerte sich, sich unterjochen zu lassen.

Was also hat Putin fünf Wochen nach seinem Angriff, der die Ukraine zu einem Vasallenstaat machen sollte, erreicht? Die Liste ist beklagenswert: Zerstörung ukrainischer Städte, Ortschaften und kritischer Infrastruktur und Gefährdung nuklearer Anlagen, Tötung und Verletzung unzähliger unschuldiger Zivilistinnen und Zivilisten, Vertreibung von mehr als einem Viertel der gesamten ukrainischen Bevölkerung und nicht zu vergessen der Tod Tausender junger, zumeist wehrpflichtiger russischer Soldatinnen und Soldaten, von denen viele ohne genaue Vorstellung von ihrem Auftrag in den Einsatz gingen. Anstatt die ukrainische Bevölkerung mit Herz und Seele zu gewinnen, hat der Krieg Putins ihm ihre

Feindschaft eingetragen und nicht nur Städte und Ortschaften, sondern auch die brüderlichen Bande zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk zerstört.

Kurz gesagt, der Krieg Putins ist ein Fehlschlag, weil Macht niemals Recht schafft. Wie Präsident Biden vor einigen Tagen in Warschau betonte: „Ein Diktator, der ein Imperium wiedererrichten will, wird niemals die Freiheitsliebe eines Volkes auslöschen. Brutalität wird niemals ihren Willen zur Freiheit niederwalzen. Die Ukraine wird niemals ein Sieg für Russland sein.“

Zweitens kommt der Krieg Putins das russische Volk und das Ansehen Russlands in der Welt teuer zu stehen. Er hat zu schweren Sanktionen geführt, zu einer Verschärfung der Repressionen im eigenen Land, was Hunderttausende Russinnen und Russen dazu veranlasst hat, Russland den Rücken zu kehren, zu internationaler Isolation und einer Verurteilung Russlands. Durch seinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg ist Russland wirtschaftlich und politisch zu einem Pariastaat geworden. Die internationale Gemeinschaft missbilligt das Vorgehen Russlands mit aller Entschiedenheit. Am 24. März stimmten 140 Staaten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen dafür, die entsetzlichen humanitären Folgen der weiteren Aggression Russlands zu verurteilen, wobei es nur fünf Gegenstimmen gab: Nordkorea, Syrien und Eritrea, sowie Russland und Weißrussland. Dies folgte auf ein fast identisches Ergebnis bei der Abstimmung in der Generalversammlung am 2. März, bei der 141 Staaten die russische Invasion bedauerten und einen vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte forderten. Am 17. März wies auch der Internationale Gerichtshof Russland an, seine militärischen Operationen einzustellen.

Drittens, glaubte Putin im Hinblick auf die europäische Sicherheit allem Anschein nach, dass die NATO und unsere Partner in der Europäischen Union an seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine zerbrechen würden. Auch hier hat er das Gegenteil erreicht. Die NATO und unsere europäischen Partner waren noch nie so geeint und entschlossen. Vor seinem erneuten Einmarsch in die Ukraine hatte Russland von der NATO und den Vereinigten Staaten „Garantien“ verlangt, einschließlich eines Zurückfahrens der NATO-Vornepräsenz in der Nähe der russischen Grenze. Seit 2014, seit dem Einmarsch Russlands auf der Krim, sind rund 4 500 alliierte Streitkräfte an der Ostflanke stationiert, darunter drei Battle Groups in den baltischen Staaten. Russland hat die verstärkte Vornepräsenz der NATO auch in diesem Forum wiederholt und fälschlicherweise als „Einhegung“ Russlands dargestellt. Russland hat auch wiederholt die Verteidigungsausgaben der USA und anderer NATO-Mitglieder kritisiert. Wie Präsident Biden am vergangenen Samstag in Warschau erklärte: Der Kreml will die NATO-Erweiterung als ein imperiales Projekt darstellen, das auf die Destabilisierung Russlands abzielt. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Sie hat nie den Untergang Russlands angestrebt. Im Vorfeld der gegenwärtigen Krise haben sich die Vereinigten Staaten und die NATO monatelang bemüht, Russland einzubinden, um einen Krieg zu verhindern ... Immer wieder haben wir echte Diplomatie und konkrete Vorschläge zur Stärkung der europäischen Sicherheit, zur Verbesserung der Transparenz und zur Vertrauensbildung auf allen Seiten gemacht. Doch Putin und Russland begegneten jedem dieser Vorschläge mit Desinteresse an Verhandlungen, mit Lügen und Ultimaten. Russland war von Anfang an auf Gewalt aus.“

Was hat Russlands erneuter Einmarsch in der Ukraine im Hinblick auf sein erklärtes Ziel, die NATO zurückzudrängen, gebracht? Das Gegenteil: Derzeit befinden sich rund 100 000 US-Streitkräfte zu Lande, in der Luft und auf See in Europa, die ausgebildet werden,

üben und bereitstehen, um jede Bedrohung abzuschrecken und abzuwehren. 10 500 davon befinden sich in Polen, um sicherzustellen, dass wir angesichts einer russischen Aggression über eine solide Abschreckung und Absicherung verfügen. Als Reaktion auf die russische Invasion hat die NATO ihre Verteidigungspläne aktiviert, Elemente der schnellen NATO Response Force verlegt und 40 000 Mann sowie umfangreiche Luftwaffe- und Marinekräfte und -mittel dem direkten Befehl der NATO unterstellt, wo sie von den nationalen Streitkräften der Bündnispartner unterstützt werden. Außerdem stellt die NATO vier zusätzliche multinationale Gefechtsverbände in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei auf. Angesichts der schwersten Bedrohung der euroatlantischen Sicherheit seit Jahrzehnten wird die NATO auch ihr längerfristiges Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv durch verstärkte Konzentration auf die kollektive Verteidigung maßgeblich ausbauen. In der Zwischenzeit haben die NATO-Mitglieder erheblich mehr Mittel für Verteidigungsausgaben bereitgestellt, und viele weitere Staaten erreichen oder übertreffen das Ziel von zwei Prozent ihres BIP.

Kurz gesagt, die Geschlossenheit der NATO als Reaktion auf die russische Aggression ist ein weiterer strategischer Misserfolg für Putin. Wir müssen betonen, dass es sich um eine defensive, präventive und verhältnismäßige Reaktion der NATO handelt, nicht um eine Eskalation. Es war Russland, das eine Eskalation herbeigeführt hat, indem es den Krieg an die Grenzen der NATO trug. Russland allein ist für seinen Angriffskrieg verantwortlich. Die Ukraine hat das Recht, sich selbst zu verteidigen; die Verteidigungshilfe, die der Ukraine von mehr als 30 Staaten zuteilwird, ermöglicht die Verteidigung der Ukraine und schürt nicht den Krieg.

Russland muss deeskalieren und seinen Krieg beenden. Es kann heute hier auf diesem Forum für Sicherheitskooperation damit beginnen, seine Rhetorik zurückzuschrauben und auf Drohungen und Propaganda zu verzichten. Russland kann einen Waffenstillstand ausrufen, seine Truppen abziehen und in gutem Glauben mit der Ukraine verhandeln. Bei der von Russland behaupteten Verringerung der militärischen Aktivitäten im Norden der Ukraine scheint es sich bisher eher um eine Truppenverlagerung als einen Abzug zu handeln, und die Angriffe auf Kiew gehen weiter. Außerdem wird Russland damit auch nicht die Möglichkeit gegeben, den Osten und Süden der Ukraine zu unterjochen. Letzten Endes wird Russland nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten gemessen werden.

Es gibt einen Ausstieg aus diesem Szenario, wenn Putin das will. Es gibt keinen vernünftigen Grund, weshalb Russland sein strategisches Versagen durch eine weitere Eskalation noch schlimmer machen sollte. Wir betonen in diesem Zusammenhang erneut, dass jeder Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Russland eine drastische Reaktion nach sich ziehen wird.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Herr Vorsitzender,

nach wie vor sind wir mit einem brutalen Akt der Aggression der russischen Führung gegen seinen souveränen, unabhängigen und friedlichen Nachbarn konfrontiert. Präsident Putin hat in voller Absicht den Krieg wieder nach Europa gebracht. Dies ist nicht nur eine durch nichts provozierte, ungerechtfertigte und kaltblütige Invasion, sondern auch eine äußerst schwerwiegende Herausforderung der Stabilität in Europa und eine massive Bedrohung für die gesamte internationale Friedensordnung.

Eine solche Anwendung von Gewalt und Zwang hat im einundzwanzigsten Jahrhundert keinen Platz. Daher werden wir gemeinsam mit unseren Partnern dem Kreml weiterhin die Stirn bieten und alles in unserer Macht Stehende tun, um Putin von seinem aggressiven Vorhaben abzubringen. Wir haben das bereits vor dem 24. Februar 2022 deutlich gemacht und sind nach wie vor fest entschlossen, diesen Kurs beizubehalten. In der vergangenen Woche haben der Europäische Rat, der NATO-Gipfel und der G7-Gipfel unsere unverrückbare transatlantische Geschlossenheit unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Wir begrüßen auch die starke politische Reaktion der internationalen Gemeinschaft, die mit einem weiteren klaren Votum in der Generalversammlung der Vereinten Nationen die russischen Aktionen unmissverständlich verurteilt hat. Angesichts dieser imperialistischen Aggression gegen einen friedlichen Staat, kann sich niemand abwartend heraushalten.

Als Opfer der russischen Aggression hat die Ukraine gemäß Artikel 51 der VN-Charta das naturgegebene Recht auf Selbstverteidigung. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten werden der Ukraine in dieser dunkelsten Stunde weiterhin koordinierte politische, finanzielle, materielle und humanitäre Unterstützung gewähren. Wir würdigen den Mut des ukrainischen Volkes und die Bemühungen der ukrainischen Streitkräfte, die Bevölkerung und die Eigenstaatlichkeit der Ukraine gegen die militärischen Angriffe aus dem Osten, Süden und Norden zu verteidigen.

Dies ist ein bewusst vom Zaun gebrochener barbarischer Krieg. Als Präsident Putin diesen Krieg begonnen hat, muss er sich darüber im Klaren gewesen sein, dass seine Entscheidung zwangsläufig unermessliches Leid über die Menschen bringen würde. Genau das erleben wir jeden Tag vor Ort. Die Lage in Mariupol ist katastrophal. Die Menschen können nicht einmal ihre Toten begraben, geschweige denn ihren Angehörigen in Würde die letzte Ehre erweisen. Die russischen Truppen haben die Stadt mit Artillerie, Raketen und Flugkörpern beschossen und dabei mehr als 90 Prozent der Stadt beschädigt oder zerstört. Sie haben eine Kunsthochschule bombardiert, in der 400 Einwohnerinnen und Einwohner Zuflucht gesucht hatten – eine Wiederholung des abscheulichen Verbrechens, das in der Vorwoche im Russischen Theater von Mariupol begangen wurde. Die russischen Truppen führen bewusst eine humanitäre Katastrophe herbei, die Moskau in schändlicher Weise der Ukraine anlastet, weil diese sich weigert, sich zu ergeben.

Russland richtet seine Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und gezielt auf zivile Objekte wie Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Schulen und Schutzräume. Diese Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die sich als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit herausstellen dürften, müssen sofort aufhören. Gezielte Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte, einschließlich des unterschiedslosen und unverhältnismäßigen Einsatzes von Waffen mit Sprengwirkung in bewohnten Gebieten, stellen inakzeptable Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Wir sind entsetzt über die Berichte, wonach die russischen Streitkräfte Streumunition gegen die Zivilbevölkerung einsetzen. Auch über den Einsatz von Vakuumbomben und Bomben mit weißem Phosphor wurde berichtet.

Wir fordern daher die Russische Föderation auf, dringend einer dauerhaften Waffenruhe zuzustimmen, damit Zivilpersonen, die das Gebiet verlassen wollen, die auch in Sicherheit tun können, und ihrer Verpflichtung nachzukommen, den freien und sicheren Verkehr und Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen zu gewährleisten. Wir verurteilen die mutmaßlichen Fälle der zwangsweisen Überführung von Ukrainerinnen und Ukrainern nach Russland. Die zwangsweise Überführung geschützter Personen stellt einen schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Wir erinnern auch daran, dass Frauen und Kinder wie in allen Situationen von Konflikt oder Vertreibung besonders gefährdet sind, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden, und dass ihre Rechte zu jeder Zeit geschützt und gewahrt werden müssen.

Die Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich des humanitären Völkerrechts, ist ein Muss. In seiner Anordnung vom 16. März 2022 hat der Internationale Gerichtshof Russland aufgefordert, seine Militäroperationen auf ukrainischem Hoheitsgebiet unverzüglich einzustellen, und erklärt, dass ihm keine Beweise vorliegen, die den von Russland behaupteten „Völkermord“ auf ukrainischem Hoheitsgebiet belegen würden. Wir fordern Russland auf, der völkerrechtlich verbindlichen Anordnung des Gerichts betreffend vorläufige Maßnahmen zu nachzukommen, Und im Zusammenhang mit unserer Organisation fordern wir Russland auf, sich an unseren politisch-militärischen Acquis zu halten, insbesondere an Absatz 13 des Verhaltenskodex, demzufolge „kein Teilnehmerstaat den Versuch unternehmen [wird], irgendeinen anderen Teilnehmerstaat militärisch zu dominieren“

Um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, unterstützen wir alle Bemühungen, Beweise zu sammeln und die Gräueltaten dieses Krieges zu dokumentieren, auch durch den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, den Menschenrechtsrat

der Vereinten Nationen und die OSZE im Rahmen des Moskauer Mechanismus. Wer immer für schwere Menschenrechtsverletzungen und mögliche Kriegsverbrechen verantwortlich ist, einschließlich aller verantwortlichen Regierungsvertreterinnen und -vertreter und militärischen Befehlshaberinnen und Befehlshaber, werden ihrer Strafe nicht entgehen.

Herr Vorsitzender,

wir möchten noch einmal betonen, dass die russischen Behauptungen über biologische Labore und chemische Waffen in der Ukraine ein weiterer verzweifelter Versuch sind, einen aberwitzigen *casus belli* zu konstruieren. Derartige Behauptungen wurden von vielen der hier Anwesenden entkräftet und entbehren jeglicher Glaubwürdigkeit. Im Falle eines biologischen oder chemischen Zwischenfalls würde Russland die volle Verantwortung tragen.

Präsident Putin hat einen Weg eingeschlagen, der auf die Zerstörung der Ukraine abzielt. Damit zerstört er die Zukunft seines eigenen Landes und seines eigenen Volkes. Die ukrainischen Soldatinnen und Soldaten verteidigen ihre Heimat und ihre Familien, die oft auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort aus ihren Heimstätten geflohen sind. Sie kämpfen und sind bereit, ihr Leben für die Zukunft ihres Landes zu opfern. Doch wofür sterben die russischen Soldatinnen und Soldaten? Viele von ihnen sind noch sehr jung, an der Schwelle zum Erwachsenenalter.

Wenn die russische Führung von der Richtigkeit ihrer Entscheidung überzeugt wäre, hätte sie nicht zu einer beispiellosen Zensur hinsichtlich des Krieges gegriffen, der nach eigenen Aussagen kein Krieg ist. Roskomnadsor hat am vergangenen Sonntag erneut vergeblich versucht, die Ausstrahlung des Interviews von Präsident Selenskyj mit russischen Journalisten zu verhindern. Wovor hatte man Angst? War es die Angst, zu hören, was in der Ukraine wirklich vorgeht, auch die Verluste der russischen Streitkräfte? Dieses Interview hätte einen Kontrast zum russischen Präsidenten gebildet, der größer nicht hätte sein können.

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich abschließend noch einmal wiederholen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die ungeheuerliche Aggression von Präsident Putin gegen die Ukraine auf das Schärfste verurteilen. Wir fordern, dass Russland seine militärischen Aktionen sofort und bedingungslos einstellt und alle seine Truppen abzieht. Ebenso muss Russland seine staatlich gelenkte Desinformationskampagne und seine Cyberangriffe einstellen. Wir wiederholen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir fordern auch Belarus erneut auf, die russischen Angriffe nicht länger mitzutragen und seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Herr Vorsitzender,

in den vergangenen fünf Wochen, in denen Russland seine militärische Aggression gegen die Ukraine fortgesetzt hat, wurden wir Zeuge einer beispiellosen Herausforderung für die ukrainische Bevölkerung, die OSZE und letztlich auch für das Forum für Sicherheitskooperation. Unter diesen Umständen ist nicht nur eine Rückkehr zum „Business as usual“ undenkbar, sondern die europäische Sicherheitsarchitektur als Ganzes wird durch die schwere Verletzung des Völkerrechts durch Russland in Frage gestellt. Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa und der Vertrag über den Offenen Himmel sind schon seit einiger Zeit ausgehebelt, doch wird im Gefolge dieses Krieges auch noch die letzte Säule der konventionellen Rüstungskontrolle, das Wiener Dokument 2011, und alles, wofür es steht, völlig ignoriert – in erster Linie gegenseitige Transparenz mit dem Ziel der Vertrauens- und Sicherheitsbildung, einer der Grundpfeiler des langjährigen Erfolgs der OSZE.

Herr Vorsitzender,

der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit – ein normatives Schlüsseldokument der OSZE, das klare Verpflichtungen enthält, zu denen sich alle Teilnehmerstaaten, auch die Kriegsparteien, bekannt haben – wurde vom ersten Tag der Kampfhandlungen an in eklatanter Weise verletzt. Es muss ausdrücklich festgehalten werden, dass insbesondere die Menschenrechte, sowohl der Zivilbevölkerung als auch die der Militär-angehörigen, unantastbar sind. Absatz 37 des Verhaltenskodex besagt, dass die Streitkräfte nicht dazu herangezogen werden können, „um die friedliche und gesetzmäßige Ausübung von Menschen- und Bürgerrechten durch Personen als Individuen oder Vertreter von Gruppen einzuschränken oder sie ihrer nationalen, religiösen, kulturellen, sprachlichen oder ethnischen Identität zu berauben“. Im Zusammenhang mit dem fortgesetzten Krieg in der Ukraine fordert die Schweiz die Kriegsparteien auf, gemäß Absatz 31 des Kodex zu gewährleisten, „dass die mit Befehlsgewalt ausgestatteten Angehörigen der Streitkräfte diese im Einklang mit dem einschlägigen innerstaatlichen Recht und dem Völkerrecht ausüben und dass ihnen bewusst gemacht wird, dass sie nach diesem Recht für die unrechtmäßige Ausübung ihrer Befehlsgewalt persönlich zur Verantwortung gezogen werden können und dass Befehle, die gegen das innerstaatliche Recht und das Völkerrecht verstoßen, nicht erteilt werden dürfen“. Im gleichen Absatz des Kodex heißt es weiter, dass „die Verantwortlichkeit

der Vorgesetzten die Untergebenen von keiner einzigen ihrer persönlichen Verantwortlichkeiten entbindet“. Das zeigt, dass der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit – auch mehr als 25 Jahre nach seiner Verabschiedung – nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Die Schweiz fordert alle Parteien auf, ihren Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex nachzukommen.

Herr Vorsitzender,

die humanitäre Lage in der Ukraine, insbesondere im Süden und Osten des Landes, ist katastrophal. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung, die Zerstörung kritischer Infrastruktur und die Zwangsumsiedlung in großem Maßstab halten unvermindert an, so dass der Bedarf an humanitärer Hilfe erheblich zugenommen hat. In der Stadt Charkiw wurden nach Angaben der Stadtverwaltung seit Beginn der Militäroffensive mehr als 1 140 Gebäude zerstört. Davon sind fast 1 000 – rund 88 Prozent – Wohngebäude, was Anlass zu großer Besorgnis hinsichtlich der Unterbringung und des Schutzes der Zivilbevölkerung in den am stärksten betroffenen Gebieten gibt. Wie berichtet, haben immer mehr Menschen in der Region Cherson keinen Zugang zu Wasser und Strom, am 23. März belief sich ihre Zahl auf etwa 51 250. In der Zwischenzeit erreichte ein humanitärer Konvoi, der von der ukrainischen Regierung am 24. März entsandt wurde, um lebensrettende Hilfe nach Mariupol zu bringen, die Menschen in Not nicht: Er wurde blockiert und musste drei Tage lang vor der belagerten Stadt warten. Der Bürgermeister von Mariupol berichtet, dass bereits Menschen verhungern.

Die Schweiz fordert die Kriegsparteien auf, sich strikt an das humanitäre Völkerrecht zu halten. Sie müssen den Schutz der Zivilbevölkerung und außer Gefecht befindlicher Personen gewährleisten und die Regeln für die Durchführung von Kampfhandlungen einhalten. Der dringend benötigte humanitäre Zugang muss von allen Parteien unverzüglich genehmigt und ermöglicht werden.

Abschließend appelliert die Schweiz erneut an Russland, seine militärische Aggression gegen die Ukraine umgehend einzustellen und seine Streitkräfte von ukrainischem Boden abzuziehen. Nur eine Einstellung der Kampfhandlungen und eine politische Einigung können die tragischen Folgen weiterer Verluste an Menschenleben verhindern.

Danke.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. diese Erklärung erfolgt zu dem von der Ukraine eingebrachten Thema, und ich ersuche darum, das im Journal des Tages entsprechend zu vermerken.

Herr Vorsitzender, vor etwas mehr als einem Monat eröffnete Präsident Putin seinen unprovzierten, vorsätzlichen und barbarischen Angriff auf die Ukraine. Vor etwas mehr als einem Monat lebte das ukrainische Volk noch ein normales, friedliches Leben. Als Folge der Aktionen von Präsident Putin sind mit heutigem Stand nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) 3,8 Millionen Menschen aus der Ukraine in die Nachbarländer geflohen, und weitere 12,7 Millionen sitzen in den Konfliktgebieten innerhalb der Ukraine fest. Die humanitäre Lage, die Präsident Putin herbeigeführt hat, ist wahrlich erschütternd.

Die wahllose Zerstörung der zivilen Infrastruktur und das schreckliche Ausmaß an Gewalt, das dem ukrainischen Volk angetan wurde, sind abscheulich.

Seit Wochen versuchen frustrierte russische Militärbefehlshaber, die Standfestigkeit und Entschlossenheit des ukrainischen Volkes zu brechen, indem sie es einem geballten Ansturm und Dauerbeschuss aussetzen: mit Mehrfachraketenwerfern, ballistischen Raketen, Artillerie, Marschflugkörpern, Streumunition, thermobarischen Raketen und ungelenkter Abwurfmunition. Entbindungsstationen, Schulen, Wohnhäuser und andere zivile Infrastruktur wurden ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bombardiert. Familien werden in eiskalten Kellerunterkünften ausgehungert und auf der Flucht angegriffen. So handelt keine Großmacht. Das sind schändliche und feige Handlungen.

Alle, die Kriegsverbrechen begehen, sollten wissen, dass sie nicht ungestraft davonkommen. Wahllose Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten sind Kriegsverbrechen, für die diejenigen, die sich mitschuldig gemacht haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Das einst starke russische Militär wurde von unseren ukrainischen Freunden überlistet und ausgetrickst, die die russische Invasionsarmee entgegen allen Erwartungen in die Zange genommen und ihr eine Niederlage nach der anderen beigebracht haben. Ihr Widerstand ist

nach wie vor standhaft und gut koordiniert. Der überwiegende Teil des ukrainischen Hoheitsgebiets bleibt in ukrainischer Hand. Die Ukraine hat den Kampf aufgenommen und der Welt gezeigt, was Tapferkeit und Mut ist.

Herr Vorsitzender, der Versuch der russischen Regierung, die Landkarte Europas mit Blut neu zu zeichnen und einen unabhängigen und demokratischen Staat mit Waffengewalt zu erobern, ist ein Angriff auf die Sicherheit und Freiheit Europas. Gemeinsam mit vielen anderen hat das Vereinigte Königreich wiederholt davor gewarnt, dass das ein massiver strategischer Fehler wäre, der einen hohen Preis fordern würde. Und so unterstützen wir die Ukraine, unsere Freundinnen und Freunde, auch weiterhin in ihrem Kampf um ihr Heimatland.

Letzte Woche kündigte Premierminister Johnson an, dass das Vereinigte Königreich der Ukraine 6 000 weitere Abwehrraketen zur Verfügung stellen wird. Damit haben sich die bisherigen Hilfeleistungen an tödlichen Verteidigungswaffen mehr als verdoppelt und betragen nun insgesamt mehr als 10 000 Flugkörper. Darüber hinaus wurden 25 Millionen Pfund an finanzieller Unterstützung für das ukrainische Militär angekündigt.

Ich möchte noch einmal betonen, dass unsere gesamte Unterstützung für den demokratischen, souveränen Staat der Ukraine defensiver Natur ist und ihm helfen wird, sich gegen diesen russischen Angriffskrieg zu verteidigen.

Herr Vorsitzender, Präsident Putin hat sich in der Ukraine schwer verkalkuliert. Sein Plan A ist gescheitert, seine lächerlichen falschen Vorwände wurden vor aller Welt entlarvt, und dennoch geht seine Regierung weiterhin mit Desinformationen hausieren und zensiert die Meinungsfreiheit, um seine Lügen zu vertuschen.

Diejenigen, die an der unprovokierten Aggression des Kremls mitgewirkt haben, und diejenigen, die diese Flut an Lügen kolportieren, um die Wahrheit vor dem russischen Volk zu verbergen, sollten sich schämen. Sie haben ihren letzten Funken Glaubwürdigkeit in der internationalen Gemeinschaft verloren. Wie können sie sich noch in den Spiegel schauen und noch Anstand oder Selbstachtung empfinden? Wie können sie ihrer Familie und ihren Freunden guten Gewissens in die Augen sehen? Ihre Beteiligung an dem unprovokierten, vorsätzlichen und barbarischen Angriff des Kremls auf die Ukraine hat das russische Volk in eine verhängnisvolle Lage gebracht und Russland zu einem internationalen Paria gemacht. Sie sollten sich schämen.

Wir werden die russische Regierung den Preis für ihre Taten zahlen lassen. Das Vereinigte Königreich ist solidarisch mit dem ukrainischen Volk in seinem Kampf um sein Heimatland. Wir werden mit unseren Partnern darauf hinarbeiten – egal wie lange es dauert – , dafür zu sorgen, dass die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Ukraine wiederhergestellt werden.

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

meine Wortmeldung gilt dem von der Ukraine eingebrachten Thema.

Lassen Sie mich zunächst unsere nachdrückliche und eindringliche Forderung nach der Erklärung einer dringenden und dauerhaften Waffenruhe bekräftigen.

Wie viele andere Länder arbeitet auch mein Land unermüdlich mit allen Parteien zusammen, um eine friedliche Beilegung dieser Krise zu ermöglichen.

Im Anschluss an die Telefongespräche, die Präsident Erdoğan am vergangenen Wochenende mit Präsident Putin und Präsident Selenskyj geführt hat, trafen gestern Verhandlungsdelegationen der Russischen Föderation und der Ukraine in Istanbul zusammen. Wir hoffen, dass die gegenwärtigen Gespräche den Weg für eine Rückkehr zu Dialog und Diplomatie ebnen werden.

Unser Land wird den Verhandlungsprozess weiterhin in jeder Weise unterstützen, um die sofortige Herbeiführung eines Waffenstillstands und Frieden zu ermöglichen. Die humanitäre Lage muss unverzüglich verbessert werden.

Im Krieg gibt es keine Gewinner und in einem fairen und gerechten Frieden keine Verlierer.

Herr Vorsitzender,

das Vorhandensein von Seeminen birgt offenkundige Sicherheitsrisiken für die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres.

Die türkischen Seestreitkräfte haben zwei Seeminen aufgespürt und neutralisiert, die in türkische Hoheitsgewässer abgetrieben waren und eine Gefahr für unsere maritime Sicherheit darstellten. Nach der Neutralisierung der Minen wurde der Seeverkehr in Rücksprache mit der türkischen Küstenwache und den Seestreitkräften unter sicheren Bedingungen wieder aufgenommen.

Sowohl unsere russischen als auch unsere ukrainischen Partner wurden ordnungsgemäß informiert. Außerdem arbeiten wir mit zwei weiteren Anrainerstaaten zusammen: Bulgarien und Rumänien. Wir behalten diese Gefahr wachsam im Auge.

Herr Vorsitzender,

der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Er muss aufhören.

Als Folge dieses Angriffs verschärft sich leider auch die humanitäre Krise.

In nur einem Monat wurde mehr als ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung vertrieben und musste Hab und Gut zurücklassen. Die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge nimmt täglich zu. Geschätzte 13 Millionen Menschen sitzen in den vom Konflikt betroffenen Gebieten fest oder können diese aufgrund des erhöhten Sicherheitsrisikos und der Zerstörung von Brücken und Straßen, aber auch wegen fehlender Mittel oder Informationen darüber, wo sie Unterkunft und eine Bleibe finden können, nicht verlassen. Millionen von Zivilistinnen und Zivilisten in der Ukraine leben derzeit in ständiger Angst. Millionen können ihre grundlegendsten Bedürfnisse, einschließlich des Zugangs zu Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten, nicht decken.

Die humanitäre Hilfe der türkischen Regierung wird unvermindert fortgesetzt. Wir für unseren Teil werden unsere Brüder und Schwestern in der Ukraine nicht im Stich lassen. Vertreterinnen und Vertreter unserer Regierung, von Nichtregierungsorganisationen und des Türkischen Roten Halbmonds sind an der Grenze im Einsatz, um den Flüchtlingen, die aus der Ukraine fliehen, zu helfen. Wir unterstützen und erleichtern auch weiterhin die von der Türkei aus eingeleiteten Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen. Wir rufen dazu auf, die humanitäre Arbeit der Organisationen der Vereinten Nationen in der Ukraine zu erleichtern.

Herr Vorsitzender,

wir bedauern, dass sich insbesondere Kinder in einer katastrophalen Lage befinden. Wie der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte des Kindes feststellte, geht man derzeit davon aus, dass etwa hundert Kinder getötet und Tausende verletzt wurden. Es ist das eine massive Krise der Kinderrechte. Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) wurden im letzten Monat 4,3 Millionen Kinder in der Ukraine vertrieben – das ist mehr als die Hälfte der geschätzten 7,5 Millionen Kinder im Land. Diese Tragödie muss ein Ende haben.

Ich möchte noch einmal betonen, dass wir den fortgesetzten Angriff auf die Ukraine verurteilen. Wir unterstützen mit Nachdruck die Wahrung der Souveränität, der politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Herr Vorsitzender,

mein Land wünscht sich Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region. Wir werden weiterhin entschieden auf Frieden drängen und uns an das Völkerrecht halten. Wir werden

auch weiterhin in gutem Glauben zu allen Bemühungen beitragen, die darauf ausgerichtet sind, einen friedlichen Ausweg aus dieser Situation zu finden

Ich bitte höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung bezieht sich auf das von der Ukraine eingebrachte Thema.

Georgien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an. Dem möchte ich noch Folgendes hinzufügen.

Mehr als einen Monat seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind wir mit humanitären Folgen konfrontiert, wie wir sie in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben.

In diesen fünf Wochen sind Tausende von Menschen gestorben oder verletzt worden, Häuser und Infrastruktur wurden zerstört, und das Leben von Millionen von Menschen geriet unwiderruflich aus den Fugen. Wie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) berichtet, wurde mehr als die Hälfte der ukrainischen Kinder mittlerweile zu Vertriebenen. Bis zu vier Millionen Menschen sind in die Nachbarländer geflohen, um Sicherheit und Schutz zu finden. Diejenigen, die zurückgeblieben sind, leiden unter den ständigen Bomben- und Artillerieangriffen, da die Besatzungstruppen weiterhin brutal gegen die Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur vorgehen. Durch den Krieg wurde der Zugang der Menschen zu ihren Lebensgrundlagen erschwert, und die wichtigsten Versorgungsdienste wurden unterbrochen.

Seit unserer letzten Sitzung gibt es keine Anzeichen für eine Entspannung der Lage der Bevölkerung in den belagerten Städten, insbesondere in Mariupol, wo die örtlichen Behörden von Tausenden von Toten und einem akuten Mangel an Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten berichten.

Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die fortgesetzten Entführungen und Hinrichtungen durch die russischen Streitkräfte sowie über Berichte über Zwangsumsiedlungen von Bewohnerinnen und Bewohnern der besetzten Gebiete nach Russland.

Wir fordern Russland auf, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, die Angriffe auf Zivilpersonen und die zivile Infrastruktur einzustellen und zu gewährleisten, dass die humanitären Korridore und die Lieferung von Hilfsgütern gefahrlos funktionieren.

Mit größter Besorgnis verfolgen wir die vom Angriff Russlands ausgehenden Bedrohungen für die Umwelt und für die nukleare Sicherheit und den Strahlenschutz. Wir unterstützen die Bemühungen der IAEO, die Sicherheit und den Schutz der ukrainischen Anlagen zu gewährleisten. Wir fordern Russland erneut nachdrücklich auf, aufzuhören, nukleare Anlagen zu gefährden, da solche Aktionen schwerwiegende Folgen für den gesamten europäischen Kontinent haben.

Herr Vorsitzender,

Russlands Vorgehen in der Ukraine ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts.

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche höflich darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen für die Erteilung des Wortes. Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, zur Unterstützung unserer ukrainischen Kolleginnen und Kollegen auch einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzuzufügen.

Litauen verurteilt den Angriffskrieg, den Russland gegen die Ukraine führt – einen friedlichen und demokratischen europäischen Staat – nach wie vor auf das Schärfste. Wir verurteilen auch die Rolle von Belarus, das diesen Krieg ermöglicht und damit an dem Angriff mitgewirkt hat.

Die Ukraine wurde von Russland angegriffen, weil sie sich für demokratische Werte und einen europäischen und euroatlantischen Integrationskurs entschieden hat und weil sie in der Lage ist, den Menschen in Russland und in Belarus zu zeigen, dass es auch ein anderes Lebensmodell gibt – ein freies und unabhängiges Leben in Würde, in Wohlstand und mit allen Garantien, die der Rechtsstaat den Menschen bietet.

Dass dem russischen Volk langsam die Augen geöffnet werden, sehen wir schon am Beispiel der russischen Truppen, die zum Angriff auf die Ukraine in Marsch gesetzt wurden. In ihren von den ukrainischen Sicherheitskräften abgehörten Telefongesprächen mit ihren Angehörigen – und es gibt Tausende solcher Aufnahmen, die veröffentlicht gemacht wurden – räumen die russischen Soldaten ein, dass die Ukraine, die sie mit eigenen Augen sehen, ein völlig anderes Land ist als das Bild, das die russische Propaganda von der Ukraine gezeichnet hat.

Ihnen wurde gesagt, dass alle Menschen in der Ukraine auf sie als „Befreier“ warten würden. Aber sie kamen und sahen, dass dem nicht so ist. Von der höchsten politischen Führungsebene der Ukraine (mit Präsident W. Selenskyj, der sich als herausragende Führungspersönlichkeit erweist) bis hin zu 80 bis 90 Jahre alten Großmüttern (*бабушки*) – leisten ihnen alle in der Ukraine Widerstand.

Sie hörten auch immer, dass die Ukraine ein „gescheiterter Staat“ sei. Aber sie kamen und sahen, dass dem nicht so ist. Einige von ihnen erzählen jetzt ihren Angehörigen mit

großer Überraschung, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer westliche Autos fahren, westliche Markenkleidung tragen, Strom und Toiletten in ihren Häusern haben und nicht außerhalb. Einer von ihnen konnte es nicht glauben, als er zum ersten Mal in seinem Leben Asphalt auf einer ukrainischen Dorfstraße sah.

In Russland hörten sie immer, dass die Menschen in der Ukraine hungern und dort nichts zu essen haben. Aber als sie kamen, sahen sie, dass auch das nicht stimmte. In der Ukraine hatten die Menschen zu essen, ihre Kühlschränke und Supermärkte waren gefüllt, zumindest bis zum Einmarsch der russischen Truppen.

Und da die russischen Soldaten selbst tagelang nichts gegessen hatten und auch nicht davon ausgingen, sich nach ihrer erhofften Rückkehr einfache Haushaltsgegenstände leisten zu können, brüsteten sie sich bei demselben Telefongespräch gegenüber ihren Angehörigen damit, dass sie die Häuser der Menschen und auch die Supermärkte geplündert hätten. Das taten sie mit so viel Selbstherrlichkeit, als wären dies die größten Heldentaten. Einige von ihnen gaben sogar zu, dass sie ukrainische Zivilistinnen und Zivilisten töten mussten, um an diese Lebensmittel zu gelangen, oder dass sie die dort lebenden Frauen vergewaltigt hatten.

Ich könnte endlos fortfahren und auch darüber berichten, wie russische Truppen sich bei ihren Angehörigen darüber beschwerten, dass sie in den Kampf gegen sogenannte Nazis geschickt worden seien, aber noch keinen einzigen von ihnen gesehen hätten. Und wir müssen ihnen sagen, dass sie sie dort nicht finden werden, da diese „Nazis“ nur in der Vorstellung des Kremls existieren.

Die russische Delegation zeigte mit ihren Bildern erneut einen Haufen Lügen, unter anderem sind Nazi-Symbole zu sehen, die angeblich in der Ukraine verwendet wurden. Aber wie würde dieselbe Delegation die Tatsache kommentieren, dass Dmitrij Utkin, einer der Gründer und Leiter der russischen privaten Militärfirma Wagner, der jetzt in die Ukraine geschickt wurde, selbst mehrere Nazi-Tätowierungen trägt?

Darüber hinaus gibt es viele weitere Wagner-Kämpfer wie ihn, die – wie in offenen Quellen über ihre Kampfeinsätze in Syrien, der Zentralafrikanischen Republik und anderen Orten berichtet wurde – ähnliche Nazi-Tätowierungen haben, Wehrmachtuniformen tragen, den Hitler-Gruß verwenden und immer wieder Nazi- und rassistische ideologische Parolen an Hauswände schmieren. Welche Erklärung würde Russland dafür vorbringen? Echte Nazis, die gegen fiktive Nazis kämpfen?

Die russische Delegation ist stets sehr erpicht darauf, ihre Präsentationen mit viel audiovisuellem Material zu garnieren. Aber haben sie auch alle erforderlichen Genehmigungen dafür? Nur auf zwei der gezeigten Fotos war ein urheberrechtlicher Hinweis zu sehen. Was ist mit all den anderen? Wir verlangen von dieser Delegation, dass sie dieser rechtlichen Verpflichtung in vollem Umfang nachkommt – bei der heutigen Sitzung und in Zukunft.

Der russische Vertreter lehnte in seiner Erklärung offen das Recht der Menschen souveräner und demokratischer Staaten ab, frei über die Zukunft ihrer Staaten zu entscheiden, über die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik ihrer Staaten zu bestimmen. Der russische Vertreter drohte sogar damit, dass die europäische Sicherheit zerbrechen würde, sollten sich Staaten für einen Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO entscheiden.

Die Kreml-Führung (de facto eine kriminelle KGB-Bande mit W. Putin an der Spitze) verweigert dem russischen Volk dieses Recht und bestraft und unterdrückt die russische Bevölkerung für jeden Versuch, ihre politischen Ansichten zu äußern. Der Kreml würde gerne einen ähnlichen Einfluss nicht nur auf das russische Volk, sondern auch auf die Menschen anderer Staaten ausüben. Aber dazu wird es nicht kommen.

Das Hauptproblem ist nämlich, dass Russland die Souveränität und Unabhängigkeit anderer Staaten nicht akzeptieren und den Willen der freien Bürger anderer Nationen nicht anerkennen kann. Russlands Standpunkt, die souveräne Entscheidung anderer Staaten über ihre Außen- und Sicherheitspolitik in Frage zu stellen, ist falsch und verstößt gegen das Grundprinzip der europäischen Sicherheit, dass jeder souveräne Staat das Recht hat, seine eigenen Sicherheitsvereinbarungen zu treffen. Auch Russland hat sich diesem Grundsatz verpflichtet, weigert sich aber, ihn zu befolgen.

Vor achtzehn Jahren, am 29. März 2004, trat Litauen der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) bei. Der Beitritt zum Bündnis war eine souveräne Entscheidung des litauischen Volks, und wir hatten viele gute Gründe dafür. Heute, angesichts der umfassenden russischen Aggression gegen die Ukraine, hat unsere NATO-Mitgliedschaft für das litauische Volk eine besondere Bedeutung und einen besonderen Stellenwert.

Litauen verurteilt die zahlreichen Fälle von mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von den russischen Besatzungstruppen in der Ukraine begangen wurden, auf das Schärfste.

Wir haben von Anfang an betont, dass jeder, der für diese Aggression und für die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen verantwortlich ist, sich der Verantwortung nicht entziehen kann, auch nicht seiner persönlichen Verantwortung. Diejenigen, die die verbrecherischen Befehle zu diesen Verbrechen erteilen, diejenigen, die diese Befehle dann ausführen, diejenigen, die diese Kriegsverbrechen zu leugnen oder zu beschönigen versuchen, sie alle werden sich ihrer Verantwortung nicht entziehen können – entweder als Täterinnen und Täter oder als Komplizinnen und Komplizen. Das möchte ich heute noch einmal wiederholen.

Lassen Sie mich außerdem betonen, dass diese Erklärungen unserer Delegation (und vieler anderer Delegationen an diesem Tisch) nicht nur leere Worte sind. Es folgen ihnen ganz konkrete Taten, sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene. Auf einige davon möchte ich an dieser Stelle eingehen.

Am 28. Februar hat die litauische Regierung beschlossen, sich wegen der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Russland und Belarus an den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zu wenden. Litauen war der erste Staat der Welt, der am 1. März als Vertragsstaat einen Antrag an diesen Gerichtshof gestellt hat. Viele andere Länder sind diesem Beispiel gefolgt, und die Ermittlungen des IStGH sind inzwischen im Gange. Litauen hat auch mit 100 000 Euro dazu beigetragen.

Am 3. März haben 45 OSZE-Teilnehmerstaaten, darunter Litauen, nach bilateralen Konsultationen mit der Ukraine den Moskauer Mechanismus der OSZE in Gang gesetzt. Drei von der Ukraine ernannte unabhängige Experten sammeln nun Beweise für Kriegsverbrechen

und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Truppen des Angreifers in der Ukraine; ihr Bericht wird demnächst dem Ständigen Rat der OSZE vorgelegt werden.

Am 15. März richtete die litauische Justizministerin ein Schreiben an den EU-Kommissar für Justiz und die anderen EU-Justizminister, mit dem Vorschlag, zu erörtern, ob es einen Sondergerichtshof für Russland auf europäischer Ebene geben sollte.

Am 25. März wurde auf Initiative Litauens bei Eurojust die Gemeinsame Ermittlungsgruppe aus ukrainischen, polnischen und litauischen Vertreterinnen und Vertretern eingesetzt. Andere Staaten, die nationale Ermittlungen zu diesen Kriegsverbrechen eingeleitet haben, könnten erwägen, sich dieser Gruppe anzuschließen.

Auf nationaler Ebene veranlasste die litauische Generalstaatsanwaltschaft eine strafrechtliche Untersuchung nach dem litauischen Strafgesetzbuch auf der Grundlage der universellen Zuständigkeit wegen eines von den Regimen Russlands und Belarus gegen die Ukraine begangenen Verbrechens der Aggression sowie wegen von ihnen in der Ukraine begangener Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Kürzlich hat die litauische Generalstaatsanwaltschaft zusammen mit der litauischen Polizei eine eigene Website (<https://report.epolicija.lt/>) eingerichtet, auf der jeder, der über Informationen zu diesen Verbrechen verfügt, diese übermitteln kann.

Litauen unterstützt die Ukraine und das ukrainische Volk weiterhin ohne Wenn und Aber. Nach wie vor bewundern wir Einigkeit und Entschlossenheit, mit der sie ihr Heimatland verteidigen. Die Ukraine, ein demokratischer und souveräner europäischer Staat, macht jetzt von ihrem Recht auf Selbstverteidigung gegen die russische Aggression gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen Gebrauch. Wir haben der Ukraine auf vielerlei Weise Hilfe geleistet und werden ihr auch weiterhin jede notwendige Unterstützung zu diesem Zweck gewähren.

Слава Україні. Тримай, Україно! Разом до перемоги!

(Es lebe die Ukraine! Halte durch Ukraine! Gemeinsam zum Sieg!)

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Lettland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Gestatten Sie mir jedoch, in nationaler Eigenschaft und in Ausübung unseres Rechts auf Erwiderung auf die zuvor von der Delegation der Russischen Föderation abgegebene Erklärung einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

russische Diplomatinen und Diplomaten verbreiten weiterhin Lügen und Falschinformationen, die von der russischen Führung erfunden wurden, um ihren Krieg in der Ukraine zu rechtfertigen. Der russische Präsident versucht verzweifelt, die Wahrheit vor dem russischen Volk zu verbergen, und anscheinend auch vor den russischen Diplomatinen und Diplomaten.

Wenn dem so ist, dann möchte ich unsere russischen Kolleginnen und Kollegen bitten, sich anzuhören, was Lettland und andere freie Staaten Ihnen hier im Forum für Sicherheitskooperation sagen. Dies ist der Krieg von Putin und seinen Gefolgsleuten. Unschuldige Menschen, unter ihnen Frauen und Kinder, sterben wegen ihrer Aktionen. Putin schert sich auch nicht um christliche Werte oder um Moral. Es ist wichtig, dass die Menschen in Russland verstehen, was vor sich geht. Und sie verstehen es auch. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen:

Tausende von orthodoxen Christen sind gegen den von Putin angezettelten Krieg in der Ukraine. Die erste russisch-orthodoxe Gemeinde, die sich dem Putin-Regime und der Dominanz seines nominellen Oberhauptes widersetzt hat, war die Russisch-Orthodoxe Kirche in Amsterdam, die ihre Entscheidung bekannt gegeben hat, die kirchenrechtliche Bindung an das Moskauer Patriarchat aufzulösen und sich stattdessen dem Patriarchat von Konstantinopel anzuschließen. Viele andere sind dem Beispiel der orthodoxen Kirche in Amsterdam gefolgt.

Letzte Woche hat die Polizei in Russland in der Region Kostroma einen orthodoxen Priester, Vater Ioann Burdin, verhaftet, weil er in einer seiner Predigten den Krieg verurteilt hatte – eine Haltung, die als „Herabwürdigung“ der russischen Streitkräfte bezeichnet wurde.

Wir sind solidarisch mit allen, die sich dem russischen Einmarsch in die Ukraine mutig entgegenstellen.

Noch ein paar Worte zur Russophobie, da uns unsere russischen Kolleginnen und Kollegen vorwerfen, russophob zu sein. Russophobie ist eine willkommene Ausrede, die der Kreml erfunden hat, um die Menschen in seinem Land einzuschüchtern und sie in Elend und Isolation zu treiben.

Verwandte einer Freundin von mir, die in Riga lebt, riefen sie aus Moskau an und fragten, ob heutzutage Russinnen und Russen in Europa angefeindet würden. Sie erklärte ihnen, dass die Russinnen und Russen genau wie in ihrer Heimat Russland nirgendwo angefeindet würden.

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat Russinnen und Russen, die die Politik Putins und den Krieg in der Ukraine nicht unterstützen und die sehen, wie ihr Land immer stärker isoliert wird und einer düsteren Zukunft entgegengeht, dazu veranlasst, ins Ausland zu fliehen.

Wir wissen, dass der Krieg gegen die Ukraine Schande und Armut über Russland bringen wird. Das weiß auch das russische Volk. Es ist Putin, der zum größten Feind des russischen Volkes geworden ist. Der vom Kreml angezettelte Krieg hat für Russland weder geopolitische noch wirtschaftliche Vorteile. Er bringt nur Verluste.

Wie der große russische Schriftsteller Lew Tolstoi einst in seinem Tagebuch notierte: „Der Krieg ist eine Erscheinungsform des Despotismus. [...] und wer gegen den Krieg kämpfen will, der muss nur den Despotismus bekämpfen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich abschließend noch einmal die unerschütterliche Unterstützung Lettlands für die Ukraine bekräftigen – nicht nur auf diplomatischer und politischer Ebene, sondern auch durch die Stärkung der Fähigkeiten der Ukraine, sich selbst zu verteidigen, um sich gegen die unprovokierte und unverantwortliche Aggression Russlands zur Wehr zu setzen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

die Lage in der Ukraine ist eine tragische Folge der geopolitischen Manöver der Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer Satellitenstaaten, die seit Jahrzehnten ihre Position in der Ukraine ausbauen, um einen antirussischen militärischen „Brückenkopf“ zu schaffen. Im „Great Game“ der US-Regierung sollen die Behörden in Kyjiw, die engmaschig von außen kontrolliert werden, nur willfähige Handlanger sein. Das Gleiche gilt für die meisten Länder der Europäischen Union, die blind einer Weltordnung folgen, deren Regeln von den USA bestimmt werden, zulasten ihrer eigenen Interessen. So sehr sich der „zivilisierte“ Westen auch bemüht, seinen Stimmbürgerinnen und -bürgern gegenüber „das Gesicht zu wahren“, ist seine Doppelmoral für uns doch offenkundig: Da wird zu Frieden aufgerufen und das humanitäre Völkerrecht ins Treffen geführt – und zugleich werden tödliche Waffen an Kyjiw geliefert, die schlussendlich in die Hände von Neonazi-Verbänden gelangen und gegen friedliche Ukrainerinnen und Ukrainer eingesetzt werden.

Künftige Generationen werden sich ihr Urteil darüber bilden, wie der „zivilisierte“ Westen acht Jahre lang die Augen vor den kriminellen Befehlen der ukrainischen Regierung verschlossen hat, die die Bevölkerung des Donbass mit großkalibriger Artillerie und Raketenartillerie beschießen ließ, so dass ältere Menschen, Frauen und Kinder in Kellern Schutz suchen mussten. Im Februar 2022 begann die Ukraine, begleitet von falschen Erklärungen über ihren angeblichen Wunsch nach Frieden, mit groß angelegten Vorbereitungen für eine Offensive durch einen Angriffsverband im Osten des Landes. Der Beschuss des Donbass mit verbotener großkalibriger Artillerie nahm zu. Die Ausweitung der militärischen Aktivitäten der ukrainischen Sicherheitskräfte spiegelte sich in den täglichen Berichten der OSZE-Sonderbeobachtungsmission in der Ukraine wider, doch der Westen, der sich auf der „richtigen Seite der Geschichte“ sieht, zog es vor, wegzusehen.

Das russische Militär hat geheime verschlüsselte Telegramme von Generaloberst Balan, dem Befehlshaber der Nationalgarde der Ukraine, vom 22. Januar 2022, in die Hände bekommen. Der Befehl, den unsere Kolleginnen und Kollegen auf den Bildschirmen sehen können, enthält einen detaillierten Plan für die Vorbereitung eines der Angriffsverbände auf Angriffe im Donbass. Alle Vorbereitungen für den Angriff sollten am 28. Februar abgeschlossen sein, und die Kampfeinsätze sollten im März beginnen. Diese kriminellen

Machenschaften der ukrainischen Regierung wurden konzeptionell und praktisch unter dem Deckmantel einer aggressiven antirussischen Kampagne der westlichen Medien eingefädelt, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft abzulenken.

Die am 24. Februar begonnene militärische Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation vereitelte eine groß angelegte Offensive der ukrainischen Angriffsverbände gegen die Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die sich außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung befinden. Die militärische Spezialoperation wird streng nach dem vom Generalstab der russischen Streitkräfte genehmigten Plan durchgeführt. Unsere unbedingten Ziele sind der Schutz der Zivilbevölkerung im Donbass, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine und die Beseitigung aller Quellen militärischer Bedrohung für Russland vom ukrainischen Hoheitsgebiet aus. Diese Ziele werden erreicht werden.

Im Rahmen der Entmilitarisierung der Ukraine kommen Hochpräzisionswaffen zum Einsatz, um gezielt und präzise militärische Infrastruktur, militärische Ausrüstung und Waffen zu zerstören. Zu diesem Zweck werden hochentwickelte Waffen eingesetzt, darunter die Marschflugkörper Kh-101, Kalibr und Iskander sowie die luftfahrzeuggestützten Hyperschallflugkörper vom Typ „Kinschal“. Seit Beginn der Spezialoperation wurden 123 Flugzeuge, 74 Hubschrauber, 311 unbemannte Luftfahrzeuge, 189 Flugabwehr-raketensysteme, 1 738 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 181 Mehrfachraketenwerfer, 726 Feldartilleriesysteme und Mörser sowie 1 592 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze der ukrainischen Streitkräfte zerstört.

Die russische Armee bombardiert in der Ukraine keine Städte, wie es die Vereinigten Staaten und die NATO-Länder in Jugoslawien, Irak und Afghanistan getan haben, wo sie bewohnte Gebiete zerstörten. Für uns ist der Schutz der zivilen Infrastruktur und des Lebens der ukrainischen Zivilbevölkerung von entscheidender Bedeutung. Von der ukrainischen Regierung hingegen lässt sich das nicht behaupten, die nach den uns vorliegenden Informationen den Nationalisten des Asow-Regiments offiziell grünes Licht gegeben hat, Zivilpersonen in Mariupol als menschliche Schutzschilde zu benutzen.

Erschwerend kommt hinzu, dass ukrainische Neonazis in vielen Städten bewusst in Wohngebieten, Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern Kampfstellungen einrichten und dann mehrstöckige Gebäude mit Mehrfachraketenwerfern des Typs Grad beschießen und die Schuld auf russische Soldaten schieben. So erzählen es die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst. Die eigenen Mitbürgerinnen und -bürger Angriffen auszusetzen, ist ein Akt äußerster Unmenschlichkeit. Aber wir alle wissen ja genau, wer die Ausbilderinnen und Ausbilder des ukrainischen Militärs und der Radikalen sind – NATO-Ausbilder, die sie im Ortskampf geschult haben.

Herr Vorsitzender,

trotz aller Bemühungen unseres Landes fügen die Vereinigten Staaten und ihre Satellitenstaaten dem internationalen System der Rüstungskontrolle und der Kontrolle von Waffenexporten irreparablen Schaden zu. In ihrer wahnhaften Russlandfeindlichkeit pumpen sie die Ukraine weiterhin hemmungslos mit Waffen voll. Seit Beginn der Kampfhandlungen wurden dem Kyjiwer Regime 109 Feldartilleriegeschütze, 3 800 Panzerabwehrwaffen, darunter die Panzerabwehrraketensysteme Javelin, Milan und Konkurs, sowie Hand-Granatwerfer zur Panzerabwehr der Typen NLAW, M-72 und Panzerfaust 3, 897 tragbare

Flugabwehrsysteme (MANPADS) der Typen Stinger und Igla sowie zahllose Kleinwaffen und Schusseinheiten geliefert. Diese Transfers stehen im grundlegenden Widerspruch zu den Verpflichtungen aus dem OSZE-Dokument über Kleinwaffen und leichte Waffen, den Prinzipien zur Regelung des Transfers konventioneller Waffen, den Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS, der Resolution 62/40 der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Verhütung des unerlaubten Transfers tragbarer Flugabwehrsysteme, des unbefugten Zugangs zu ihnen und ihres unbefugten Einsatzes und deren unerlaubter Verwendung, den Elementen für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS und der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Kontrolle von Waffenexporten.

Sind sich die westlichen Länder darüber im Klaren, dass ihre Handlungen die Kampfhandlungen verlängern, sie in einen Stellvertreterkrieg mit Russland hineinziehen und die ukrainische Bevölkerung dem Risiko aussetzen, von Kugeln aus westlicher Produktion getroffen zu werden? Ist ihnen bewusst, dass auf Geheiß der nationalistischen Behörden der Ukraine westliche Waffen und Munition chaotisch nicht nur an Frauen, ältere Menschen und Kinder, sondern auch an aus dem Gefängnis entlassene Kriminelle verteilt werden, die sich in Plünderungen und Gewalttaten ergehen? Natürlich sind sich unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen dessen bewusst, aber aus ihrer Sicht rechtfertigt der fanatisch verfolgte Zweck, Russland „einzuhegen“, alle Mittel.

Ein weiterer destabilisierender Faktor ist der Zustrom ausländischer Söldnerinnen und Söldner und Terroristinnen und Terroristen in die Ukraine, deren Zahl nunmehr auf 6 500 Personen aus 62 Ländern gestiegen ist. Die russischen Truppen nehmen sie weiterhin ins Visier und eliminieren sie. Durch Angriffe mit Hochpräzisionswaffen wurden in den letzten zwei Wochen etwa 600 „Glücksritter“ ausgeschaltet, und mehr als 500 haben das Land verlassen.

Zugleich werden sie von ukrainischen Botschaften in aller Welt unter Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen von 1961 aktiv angeworben. Im Nahen Osten werden diese Bemühungen von westlichen Geheimdiensten und dem ukrainischen Sicherheitsdienst koordiniert. Unsere angelsächsischen Kolleginnen und Kollegen haben sich durch ihre bedauerlichen Erfahrungen mit ähnlichen Experimenten nicht abschrecken lassen. Haben sie wirklich die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 und die Terroranschläge in London und anderen europäischen Hauptstädten vergessen? Wir haben wiederholt davor gewarnt, dass MANPADS und Panzerabwehrraketensysteme, die in die Hände von Radikalen in der Ukraine und darüber hinaus gelangen, eine echte terroristische Bedrohung für ganz Europa darstellen würden. Die Verantwortung für etwaige unglückliche Folgen werden auch da die westlichen Länder und die Ukraine tragen.

Herr Vorsitzender,

die Fähigkeit der ukrainischen Streitkräfte, Widerstand zu leisten, beruht einzig und allein auf ihrer Angst vor Repressalien durch bewaffnete Neonazis. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Ukraine der einzige OSZE-Teilnehmerstaat ist, in dem Neonazi-Formationen offiziell in alle militärischen Truppenteile eingebettet sind. Asow, Ajdar, der Rechte Sektor und andere in Russland als terroristische Organisationen anerkannte Gruppierungen sind die Bollwerke des Kyjiwer Regimes. Die Kampftruppen der Volksrepublik Donezk (DVR) und des russischen Militärs finden in ihren zerstörten Stellungen nicht nur Bilder von Hakenkreuzen, Nazisymbole und Naziliteratur, sondern auch

Abzeichen ausländischer Ausbilderinnen und Ausbilder aus wichtigen NATO-Ländern, insbesondere aus dem Vereinigten Königreich und Kanada.

In Mariupol, wo die humanitäre Lage katastrophal ist, befinden sich mehr als 7 000 neonazistische Kämpfer. Es ist üblich geworden, Frauen und Kinder aus Kellern zu vertreiben, sie mit Waffen zu bedrohen und sie in Richtung der vorrückenden Truppen der DVR zu schicken, um deren Vormarsch zu behindern. Sie verhindern die Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten, indem sie sie von hinten erschießen. Außerdem fanden Militärangehörige neulich im Keller einer der Schulen, in denen die Asow-Nationalisten einen Stützpunkt hatten, die verstümmelte Leiche eines toten Mädchens mit einem in den Bauch eingebrannten Hakenkreuz. Aus ethischen Gründen können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Fotos zeigen, aber die relevanten Unterlagen zu den Fakten betreffen die Neonazi-Gewalt gegen friedliche Ukrainerinnen und Ukrainer werden an die Parlamente der europäischen Länder versandt.

Ich möchte betonen, dass sich die Tragödie von Mariupol nicht ereignet hätte, wenn die örtlichen Behörden die Bevölkerung rechtzeitig evakuiert hätten, anstatt sich auf die Seite der ukrainischen Kriegsverbrecherinnen und -verbrecher zu stellen. Die russischen Truppen bemühen sich hingegen nach Kräften, das Leid der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt zu lindern, indem sie regelmäßig Evakuierungen durchführen und humanitäre Hilfsgüter liefern.

Gleichzeitig werden wir Zeuge ständiger heuchlerischer Versuche der ukrainischen Regierung, ihre Kriegsverbrechen zu rechtfertigen. Im Internet ist ein Video aufgetaucht, in dem Oleksij Arestowytsch, ein Berater des ukrainischen Präsidialamtes, Anweisungen erteilt, wie man andere am besten täusche. Das Material ist von praktischem Interesse im Hinblick darauf, wie das ukrainische nationalistische Regime und seine westlichen Strippenzieher Propaganda in allen möglichen Formen betreiben. Ich zitiere: „Man muss nach dem Gegenteil dessen handeln, was in Wirklichkeit der Fall ist. Wohlgemerkt, das ist alles andere als eine triviale Frage. Wie genau täuscht man? Wie stellt man es an, richtig und erfolgreich zu täuschen?“ Schauen wir uns nun konkrete Beispiele dafür an, wie die von der Ukraine und dem kollektiven Westen geförderten Pläne der totalen Täuschung funktionieren.

Auf der 1005. Plenarsitzung des Forums für Sicherheitskooperation versicherte uns die ukrainische Delegation, dass die im Lande eingerichteten Kriegsgefangenenlager im Einklang mit den Bestimmungen der 3. Genfer Konvention betrieben und dass die Soldaten human behandelt würden. Das ist eine Lüge. Die ukrainischen Streitkräfte, ganz zu schweigen von den nationalistischen Bataillonen, behandeln gefangene russische Soldaten auf brutale Weise. Sie quälen die Lebenden und verhöhnen die Toten. Sie rufen Verwandte von ihren Telefonen aus an, um sich über sie lustig zu machen. Der Gipfel der Grausamkeit ist ein in offenen Quellen veröffentlichtes Video, in dem ukrainische Kämpfer russischen Gefangenen in die Beine schießen und sie dann schlagen. So behandeln die ukrainischen Nazis seit acht Jahren gefangene Verteidiger des Donbass. Die Leiterin der Mission zur Überwachung der Menschenrechtssituation der Vereinten Nationen in der Ukraine, Matilda Bogner, äußerte sich sehr besorgt über diesen Vorfall und forderte eine umfassende Untersuchung. Die russische Untersuchungskommission hat bereits Ermittlungen eingeleitet.

Hier ein weiteres Beispiel: In diesem Saal wurden unzutreffende Behauptungen aufgestellt, dass die ukrainischen Grenzbeamten auf der Schlangeninsel am 24. Februar

getötet worden seien und vor ihrem Heldentod angeblich eine Unflätigkeit geäußert hätten, die von einigen sehr leicht zu beeindruckenden europäischen Diplomaten in der Hofburg als wörtliches Zitat auf T-Shirts zur Schau gestellt wurde. Es kam sogar so weit, dass der ukrainische Präsident seine Absicht erklärte, den Grenzschutzbeamten posthum den Titel „Helden der Ukraine“ zu verleihen. Was wirklich geschah, ist Folgendes: Zweiundachtzig Soldaten der ukrainischen Garnison, darunter 13 Beamte des staatlichen Grenzschutzdienstes der Ukraine, ergaben sich. Wie alle ukrainischen Gefangenen in der Russischen Föderation werden sie nach den Normen des humanitären Völkerrechts behandelt, ohne dass sie Gewalt oder psychischem Druck ausgesetzt werden. Einige von ihnen sind bereits in die Ukraine zurückgekehrt. Gleichzeitig hat es die Kriegsgefangenen von der Schlangeninsel, wie in Interviews zu erfahren war, besonders hart getroffen, dass sie in ihrer Heimat „lebendig begraben“ worden waren, ohne dass die Umstände geklärt wurden – und das mit großem propagandistischem Getöse.

Leider gibt es eine Vielzahl solcher Beispiele. Die westlichen Länder wollen von den wahren Verhältnissen in der Ukraine nichts wissen und haben einen „eisernen Vorhang“ für Informationen errichtet. Dennoch stellen wir mit Genugtuung fest, dass 50 ausländische Journalistinnen und Journalisten mit Interesse an der vom russischen Verteidigungsministerium organisierten Reise in den Donbass teilgenommen haben, um mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu sprechen, die seit 2014 unter dem Beschuss der ukrainischen Streitkräfte stehen (eine ähnliche Reise wurde übrigens im November 2021 von ukrainischer Seite organisiert, aber die Einladungen wurden nicht vom ukrainischen Verteidigungsministerium, sondern von der US-Botschaft in Kyjiw verschickt). Dass die Medienredaktionen einiger westlicher Länder den in Moskau akkreditierten Journalistinnen und Journalisten die Teilnahme an der Reise untersagten und die deutsche Zeitung *Freitag* nach der Reise die Zusammenarbeit mit dem Korrespondenten Ulrich Heyden abbrach, gibt Anlass zu berechtigter Empörung. Die Wahrheit ist im Westen heutzutage nicht en vogue.

Herr Vorsitzender,

wir sind schwer besorgt darüber, dass das ukrainische Militär Risiken für die Schifffahrt im Schwarzen Meer und anderen Meeren geschaffen hat. Die ukrainischen Streitkräfte haben unter eklatantem Verstoß gegen die Vorschriften und ohne Erstellung entsprechender Karten rund 400 Ankertauminen mit Berührungszündung an den Zufahrten zu den Häfen von Odessa, Otschakiw, Tschornomorsk und Juschne gelegt. Derzeit können rund 60 ausländische Schiffe die ukrainischen Häfen nicht verlassen. Die ukrainische Regierung weigert sich jedoch, die sichere Durchfahrt ausländischer Schiffe zu gewährleisten, und lehnt es ab, mit Russland zusammenzuarbeiten, um dieses Problem zu lösen. Unter diesen schwierigen Bedingungen haben wir am 25. März die Einrichtung eines humanitären Korridors für ausländische Schiffe angekündigt, damit sie die ukrainischen Häfen in Richtung offenes Meer verlassen können. Die erhöhte Gefahr, dass im Zuge des Sturms entlang der Küste der Schwarzmeerstaaten Minen aus der Verankerung gerissen werden, verschärft die Lage. Zwei solche Minen wurden bereits im Bosphorus beziehungsweise im Schwarzen Meer nahe der Grenze zu Bulgarien entdeckt. Dank der Wachsamkeit und großen Professionalität türkischer Spezialistinnen und Spezialisten konnten sie rechtzeitig entschärft werden. Wir fordern die OSZE-Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, auf die Behörden in Kyjiw einzuwirken, damit sie Maßnahmen zur Aufhebung der Blockade ergreifen und die Sicherheit ausländischer Schiffe, die ukrainische Häfen verlassen, gewährleisten.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation analysiert weiterhin die eingegangenen Dokumente und die Beweise für die Entwicklung biologischer Waffen in der Ukraine in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten liefern. Es wurde nachgewiesen, dass an der Finanzierung dieser Aktivitäten Strukturen beteiligt sind, die direkt mit der derzeitigen US-Führung in Verbindung stehen, insbesondere der von Hunter Biden geleitete Investmentfonds Rosemont Seneca Partners. Darüber hinaus ist der Fonds eng mit den wichtigsten Auftragnehmern des US-Militärs verflochten, darunter das Unternehmen Metabiota, das zusammen mit Black & Veatch einer der Hauptlieferanten von Ausrüstung für die Biolabors des Pentagons in aller Welt ist. Interessant ist auch, dass die britische Tageszeitung *Daily Mail* E-Mails von Hunter Bidens Laptop veröffentlicht hat, aus denen hervorgeht, dass er sogar hinter der Finanzierung des US-amerikanischen Biowaffenprogramms in der Ukraine stehen könnte. Wir fordern erneut, dass Kyjiw und Washington alle Informationen über die militärisch-biologischen Aktivitäten in den Labors auf ukrainischem Hoheitsgebiet zur Verfügung stellen und Schritte unternehmen, um diese Frage zu lösen und zur Umsetzung des Übereinkommens über biologische Waffen und Toxinwaffen von 1972 (BTWC) zurückzukehren. Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, die Mechanismen nach Artikel V und VI des BTWC in Gang zu setzen.

Herr Vorsitzender,

abschließend empfehlen wir den OSZE-Teilnehmerstaaten neuerlich, die Handlungen der ukrainischen Nationalisten genau zu beobachten und sich selbst davon zu überzeugen, dass die ukrainische Regierung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Übereinkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs und das Übereinkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und seine Zusatzprotokolle in eklatanter Weise missachtet. Wir werden unsererseits weiterhin das wahre Wesen des herrschenden Regimes in Kiew und seiner nationalistischen Schergen offenlegen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Wenn Sie gestatten, möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf einige Punkte einzugehen, die in der Erklärung meines russischen Kollegen angesprochen wurden.

Wir verurteilen weiterhin die anhaltende Desinformationskampagne Russlands, einschließlich der lächerlichen falschen Vorwände, die wir heute wieder vernehmen mussten und laut denen die Ukraine nach biologischen, chemischen oder gar nuklearen Waffen trachte – ein durchsichtiger Versuch, die verhängnisvolle Militäraktion Russlands zu rechtfertigen. In den vergangenen Wochen haben wir seine diesbezüglichen Lügen bereits aufgedeckt, und ich werde heute nicht erneut im Einzelnen darauf eingehen.

Auch heute haben wir wieder die lächerlichen Behauptungen meines russischen Kollegen gehört, die Ukraine sei für die Auswirkungen auf die Handelsschifffahrt in der Region verantwortlich. Ich stelle fest, dass es die russischen Seestreitkräfte waren, die eine Seeblockade vor der ukrainischen Schwarzmeerküste errichtet und damit die Ukraine erfolgreich vom internationalen Seehandel abgeschnitten haben. Und Russland war es, das in den letzten Wochen mehrere Handelsschiffe unter ausländischer Flagge angegriffen hat. Wie mein ukrainischer Kollege heute erneut hervorgehoben hat, führen die russischen Seestreitkräfte auch nach wie vor Hunderte von Raketenangriffen auf Ziele in der gesamten Ukraine durch.

Machen wir uns keine Illusionen, Putin allein hat diesen Krieg bewusst losgetreten, und niemand lässt sich etwas anderes vorgaukeln. Der Kreml versteckt sich vor der Welt und der eigenen Bevölkerung hinter einer Fassade aus Lügen, ganz ähnlich, wie sich unser russischer Kollege (der seit Beginn der Invasion nicht mehr in diesem Saal gesehen wurde) hinter seinem Bildschirm versteckt.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch unsere tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass unsere russischen Kollegen sich tatsächlich nicht entblödeten, den heutigen Sicherheitsdialog zu nutzen, um weiter ihre Lügen und Falschinformationen über die Ukraine zu verbreiten. Wie können sie sich erdreisten, das Thema „Konfliktnachsorge“

zur Verbreitung dieser Lügen zu missbrauchen? Es ist Russland, das einen durch nichts provozierten, bewusst geplanten und barbarischen Angriff auf einen souveränen demokratischen Staat verübt hat. Es ist Russland, das grauenvolle Raketen-, Luft- und Artillerieangriffe durchgeführt hat und durchführt, bei denen Wohnblocks, Krankenhäuser und Schulen zerstört wurden und unschuldige Zivilpersonen, darunter auch Kinder, ums Leben gekommen sind.

Ich fordere meine russischen Kollegen auf, von ihren schamlosen Versuchen abzulassen, der Wahrheit das Narrativ ihrer Lügen und falschen Vorwände überzustülpen. Jeder Mensch in diesem Saal und auf der Welt weiß, dass Russland das alles sofort beenden könnte, wenn es seine rechtswidrigen Handlungen einstellte, von der Begehung von Kriegsverbrechen abließe, seine Streitkräfte abzöge und sich einem diplomatischen Weg verschriebe.

Danke.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

die Delegation Armeniens möchte das Forum für Sicherheitskooperation über die Entwicklung der Sicherheitslage an der Kontaktlinie in Arzach informieren.

Am 24. März überquerten die aserbaidischen Streitkräfte unter grober Verletzung der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 die Kontaktlinie im östlichen Teil von Arzach und drangen in das Dorf Paruch in der Region Askeran in Arzach und in angrenzende Gebiete ein. Diese Verletzung der trilateralen Erklärung über eine Waffenruhe wurde sowohl vom russischen Verteidigungsministerium als auch indirekt vom aserbaidischen Verteidigungsministerium selbst bestätigt, das erklärte, dass „die Abklärung der Stellungen und Standorte in der Region im Gange“ sei.

Am Abend des 25. März und in der Nacht griffen die aserbaidischen Streitkräfte in dem Versuch, weiter vorzurücken, mit Schusswaffen unterschiedlichen Kalibers und Kampfdrohnen vom Typ Bayraktar TB2 die Stellungen der Verteidigungskräfte von Arzach an. Truppenteile der Verteidigungskräfte von Arzach mussten sich dem Kampf mit dem Aggressor stellen, um seinen Vormarsch zu stoppen. Dabei wurden drei Soldaten der Verteidigungskräfte von Arzach getötet und vierzehn verwundet. Die Bewohner der Dörfer Paruch und Chramort in Arzach, darunter bis zu 200 Frauen, Kinder und ältere Menschen, sind bereits evakuiert worden.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation teilte daraufhin mit, dass es die Aserbaidischen nachdrücklich aufgefordert habe, sich auf ihre vorherigen Stellungen zurückzuziehen. Am 27. März gab das russische Verteidigungsministerium eine Pressemitteilung heraus, laut der die aserbaidischen Streitkräfte ihre Truppen aus dem Dorf Paruch in der Region Askeran in Arzach abgezogen hatten.

Wir stellen jedoch fest, dass der Einfall der aserbaidischen Streitkräfte in das Gebiet von Arzach, das im Zuständigkeitsbereich des russischen Friedenskontingents liegt, nach wie vor andauert und dass die Lage weiterhin äußerst angespannt ist und das Risiko einer weiteren Eskalation birgt. Vor diesem Hintergrund haben nach Angaben des aserbaidischen Verteidigungsministeriums Truppenteile der Luftverteidigung und der

Artillerie der aserbaidischen Streitkräfte militärische Übungen mit eindeutig offensiven Zielsetzungen durchgeführt. Zugleich hat der aserbaidische Verteidigungsminister die Streitkräfte angewiesen, „jederzeit bereit zu sein, die neu eingeführten modernen Waffen und Geräte und anderen Kampfausrüstungen einzusetzen“.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

diesen provozierenden Handlungen Aserbaidschans waren die vorsätzliche Blockade der Erdgaslieferungen von Armenien nach Arzach, der Beschuss der zivilen Infrastruktur mit großkalibrigen Waffen, psychologischer Terror und Drohungen gegen die Zivilbevölkerung von Arzach sowie weitere Schritte zur Fortsetzung der ethnischen Säuberung Arzachs vorausgegangen. Wie meine Delegation bereits an anderer Stelle festgestellt hat, versucht Aserbaidschan, die Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa auszunutzen, um seine Aggression gegen Arzach fortzusetzen.

Die Republik Armenien nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Kovorsitzländer der Minsk-Gruppe der OSZE die jüngste Eskalation der Lage in Bergkarabach eindeutig bewertet und dabei anerkannt haben, dass sie auf Bewegungen aserbaidischer Truppen zurückzuführen ist.

Wir verurteilen diese durch nichts provozierte Eskalation auf das Schärfste und fordern Aserbaidschan auf, sich von seiner von Maximalforderungen und Aggression geleiteten Politik zu verabschieden und Verhandlungen aufzunehmen.

Wir erwarten von dem russischen Friedenskontingent, in dessen Zuständigkeitsbereich die Provokationen und die Eskalation stattfinden, dass es Maßnahmen ergreift, um die sofortige Rückkehr der aserbaidischen Truppen in ihre ursprünglichen Stellungen herbeizuführen und die Einhaltung der Verpflichtungen aus der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 über eine Waffenruhe sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang sei an eine weitere, ähnlich grobe Verletzung der trilateralen Erklärung vom 9. November 2020 über eine Waffenruhe erinnert. Wie bereits mehrfach erwähnt, griffen die aserbaidischen Streitkräfte am 11. Dezember 2020, nur einen Monat nach ihrer Unterzeichnung, unter eklatanter Verletzung der Verpflichtungen Aserbaidschans aus der trilateralen Erklärung die Stellungen der Verteidigungskräfte von Arzach nahe den Dörfern Hin Tağer und Chıtsaberd in der arzachischen Region Hadrut an und besetzten die beiden Dörfer und die angrenzenden Gebiete. Die armenischen Streitkräfte befanden sich in den Stellungen, die sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung gehalten hatten, was beweist, dass die aserbaidische Propaganda betreffend die sogenannten Sabotagetrupps wahrheitswidrig war. Dies hat – auch aufgrund der mangelnden klaren Einschätzung der Ereignisse – Aserbaidschan jedoch nicht davon abgehalten, die 64 armenischen Soldaten als „Terroristen“ darzustellen und sie auf der Grundlage erfundener Anschuldigungen und unter Zwang erpresster Geständnisse strafrechtlich zu verfolgen, was einen eindeutigen und schweren Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstellt. Bis heute befinden sich mehr als 30 armenische Soldaten in aserbaidischer Gefangenschaft; ihnen stehen Scheinprozesse bevor.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft einschließlich des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, der Generalsekretärin und anderer einschlägiger Institutionen auf,

politischen und diplomatischen Druck auf Aserbaidshon auszuüben, damit es seine militärischen Provokationen und Verletzungen der Waffenruhe einstellt und so eine weitere Eskalation der Lage in der Konfliktzone Bergkarabach und im gesamten Südkaukasus verhindert werden kann.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.

1006. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1012, Punkt 2 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Herr Vorsitzender,

der altgewohnt wenig konstruktive Ansatz Armeniens, aufbauend auf haltlosen Anschuldigungen gegenüber Armenien, zeigt die wahren Absichten dieses Landes und stellt eine reine Desinformationskampagne dar.

Ganz generell erinnern wir die armenische Seite daran, dass ihre Äußerungen betreffend die souveränen Hoheitsgebiete Aserbaidschans eine versuchte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Aserbaidschans und eine Verletzung des Völkerrechts darstellen. Für Armenien, das fast 30 Jahre lang gewaltsam einen Teil des aserbaidschanischen Hoheitsgebiets militärisch besetzt hielt, ethnische Säuberungen gegen Hunderttausende Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschaner durchgeführt hat und sie des Rechts beraubte, in ihren Heimstätten zu leben, sind Verstöße gegen das Völkerrecht offenbar zur Gewohnheit geworden.

Die Nichteinhaltung der trilateralen Erklärung vom 10. November 2020 durch Armenien, einschließlich seiner Weigerung, die Überreste seiner illegalen bewaffneten Formationen aus den Gebieten Aserbaidschans abzuziehen, in denen vorübergehend das russische Friedenskонтингент stationiert ist, gibt Anlass zu ernster Besorgnis und erzeugt Spannungen. Deshalb fordert Aserbaidschan von Armenien, dass es seinen Verpflichtungen nachkommt und die Überreste seiner rechtswidrig stationierten Kräfte abzieht. Erst dann gibt es keinen Grund zu Spannungen oder Zusammenstößen mehr.

Wir möchten betonen, dass sich diese Forderung nur auf die Reste der bewaffneten armenischen Formationen bezieht, die sich rechtswidrig in dem Teil des Hoheitsgebiets Aserbaidschans aufhalten, in dem vorübergehend das russische Friedenskонтингент disloziert ist, und nicht auf die dort lebenden aserbaidschanischen Bürgerinnen und Bürger armenischer Herkunft. Die bewusst verzerrende Darstellung dieser Angelegenheit durch Armenien als „ethnischer Säuberung“ entlarvt seine wahren Absichten und seine offenkundige Desinformationskampagne.

Behauptungen über angebliche Verstöße Aserbaidschans gegen die trilaterale Erklärung sind Teil der Desinformationskampagne Armeniens. Wie das aserbaidschanische

Verteidigungsministerium mitteilte, wird zurzeit vor Ort abgeklärt, wo sich die Stellungen und Einsatzorte innerhalb der international anerkannten Grenzen Aserbaidschans befinden. Dabei kam es zu keinen Zusammenstößen oder Zwischenfällen. Dies wurde sowohl in Aserbaidschan als auch in Armenien auch von den Medien bestätigt.

Am Morgen des 26. März jedoch setzten illegale armenische bewaffnete Formationen militärische Provokationen gegenüber den Stellungen der Streitkräfte Aserbaidschans. Durch sofortige Gegenmaßnahmen wurden die Mitglieder der illegalen armenischen bewaffneten Kommandos zum Rückzug gezwungen.

Diese Provokation zeigt ein weiteres Mal, dass Armenien als Voraussetzung für Frieden und Stabilität in der Region dringend seine rechtswidrig auf dem Hoheitsgebiet Aserbaidschans präsenten Kräfte dringend vollständig abziehen muss. Wir möchten den Vertreter Armeniens außerdem bitten, die amtlichen Verlautbarungen des aserbaidischen Verteidigungsministeriums nicht verzerrt durch die Brille der armenischen Desinformation darzustellen.

Wir möchten auch auf die Behauptungen Armeniens zur Gasversorgung eingehen. Eine Funktionsstörung der Gasverteilungsleitungen in den Gebieten der aserbaidischen Wirtschaftsregion Karabach, die schon jahrelang in Betrieb sind, ohne je gewartet worden zu sein, hat in letzter Zeit zu Problemen bei der Gasversorgung geführt. Trotz starken Schneefalls ergriffen die an den Unfallort entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Azerigaz die erforderlichen Maßnahmen, um die Folgen des Unfalls zu beseitigen. Die Erdgasversorgung wurde nach einer abschließenden Prüfung am 28. März vollständig wiederhergestellt. Es sollte klar sein, dass Aserbaidschan, wenn es die Absicht hätte, den Gashahn zuzudrehen, dies bereits in den beiden letzten Wintern getan hätte. In Wahrheit hat Aserbaidschan jedoch vielmehr versucht, das Problem so schnell wie möglich zu lösen.

Es ist außerdem nicht nachvollziehbar, mit welchen Begründungen Armenien nunmehr in Bezug auf humanitäre Fragen an die internationale Gemeinschaft appelliert. Es sei daran erinnert, dass es Armenien war, das die Autonome Republik Nachitschewan in Aserbaidschan mit ihren mehr als 400 000 Einwohnerinnen und Einwohnern fast 30 Jahre lang mit einer Gasblockade belegt hat, das in der Region Karabach in Aserbaidschan einen Ökozid und Kulturmord begangen hat, einschließlich des Wasserterrors durch die Zweckentfremdung des Sarsang-Stausees, das Informationen über das Schicksal von rund 4 000 Anfang der 1990er-Jahre verschwundenen Aserbaidschanerinnen und Aserbaidschanern verheimlicht hat und das Besuche internationaler Missionen in diesen Gebieten konsequent verhindert hat. Sein Vorgehen ist schlichtweg heuchlerisch.

Insgesamt vertritt Armenien zurzeit eindeutig eine janusköpfige Position. Einerseits erklärt Armenien seine Bereitschaft zu einer Friedensagenda mit Aserbaidschan und erklärt, dass es den Vorschlag Aserbaidschans hinsichtlich der Grundprinzipien für die Aufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Ländern annehme. Wir möchten das Forum daran erinnern, dass diese Prinzipien unter anderem die gegenseitige Anerkennung und Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der völkerrechtlich anerkannten Grenzen des jeweils anderen umfassen.

Andererseits erheben die armenischen Amtsträgerinnen und -träger weiterhin in Worten und Taten territoriale Ansprüche gegenüber Aserbaidschan. Ihre Erklärungen, auch

die in diesem Forum, stehen im Widerspruch zu ihrer behaupteten Bereitschaft zum Frieden mit Aserbaidschan. Armenien verstößt nicht nur gegen seine Verpflichtung aus der trilateralen Erklärung, indem es sich weigert, die Reste seiner illegalen bewaffneten Formationen vollständig aus dem aserbaidischen Hoheitsgebiet abzuziehen, sondern schickt über die Latschin-Straße auch weiterhin Verstärkung – was schon für sich genommen eine schwere Verletzung der Bestimmungen der trilateralen Erklärung darstellt.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Armenien entweder völlig verwirrt ist und widersprüchliche Schritte unternimmt, weil es nicht in der Lage ist, sich für eine Richtung zu entscheiden, oder aber in Bezug auf die Friedensagenda reine PR betreibt, um die wahren Absichten hinter seinen gescheiterten territorialen Ansprüchen gegenüber Aserbaidschan zu verschleiern. Was auch immer der Grund für dieses Verhalten Armeniens sein mag – es führt jedenfalls zu Spannungen, und dafür sind allein Armenien und seine politisch-militärische Führung verantwortlich.

Daher sollte sich Armenien zuerst einmal selbst darüber klarwerden, was es erreichen will. Wenn Armenien tatsächlich willens ist, Frieden und Stabilität in der Region zu festigen, dann ist es für das Land höchste Zeit, zu praktischen Schritten in diese Richtung überzugehen. Ein Zeichen dafür könnte darin bestehen, dass es mit seinen haltlosen Anschuldigungen gegen Aserbaidschan aufhört, auch in diesem Forum hier.

Abschließend betonen wir noch einmal, dass die Streitkräfte Aserbaidschans weiterhin die nötigen entschlossenen Maßnahmen ergreifen werden, um jegliche Provokation durch Armenien abzuwehren und den Schutz der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der international anerkannten Grenzen Aserbaidschans zu gewährleisten.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.